

Hessisches Landeskriminalamt

Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention

Jahresbericht

**POLIZEILICHE KRIMINAL- UND
VERKEHRSPRÄVENTION**

in Hessen

2015

1. Allgemeine Entwicklung.....	3
2. Präventionsbereiche.....	4
2.1 Jugendkriminalität.....	4
2.2 Verkehrsprävention	8
2.3 Kriminalpolizeiliche Beratung	11
2.4 Opferschutz, Häusliche Gewalt	14
2.5 Städtebauliche Kriminalprävention	16
2.6 Prävention Cybercrime	18
2.7 Migration.....	21
2.8 Netzwerk gegen Gewalt	25
2.9 Freiwilliger Polizeidienst	28
3. Bewertung, Prognose und Ausblick für 2016.....	28
4. Anlagen	30
4.1 Kennzahlen	30
4.2 Tabellen Jugendkriminalität.....	32
4.2.1 Jugendkriminalität geschlechtsspezifische Entwicklungen	32
4.2.2 Regionale Kriminalitätsbelastung.....	34
4.2.3 Jugendrelevante Kriminalitätsformen	38
4.2.4 Jugendrelevante Kriminalitätsformen.....	40
4.3 Tabellen Häusliche Gewalt/Stalking	44
4.3.1 Häusliche Gewalt.....	45
4.3.2 Stalking	49

1. Allgemeine Entwicklung

Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und technische Entwicklungen wirken sich auf Kriminalitätsformen aus und erfordern eine entsprechend maßgeschneiderte Präventionsarbeit der Polizei. Die Präventionsmaßnahmen der hessischen Polizei unterliegen immer häufiger Effizienzprüfungen und orientieren sich am aktuellen Kriminalitäts- und Unfallgebild und an festgelegten Standards.

Sie konzentrierten sich 2015 u. a. auf die Schwerpunkte Prävention des Wohnungseinbruchsdiebstahls (WED), Verkehrssicherheit für die Generation 65plus, Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz sowie die Koordinierung und Bündelung vielfältiger Aktivitäten im Zusammenhang mit der Zuwanderung und Unterbringung der Flüchtlinge in Hessen.

Erstmalig wurde eine WED-Sommerkampagne in Verbindung mit der Präventionsthematik „Sicher in den Urlaub“ durchgeführt. Während der Ferienzeit erfolgten jede Woche zu einem Schwerpunktthema besondere Präventions-, Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen, wie auf Bundesautobahnen, in An- und Verkaufsstellen, in Hotels und im öffentlichen Personen- und Nahverkehr. Flankiert wurden die Maßnahmen mit einem Chat-Angebot des Hessischen Landeskriminalamtes im Internet. In diesem Zusammenhang schloss sich die hessische Polizei der bundesweit einheitlichen ProPK-Kampagne „K-Einbruch“ an.

„Sicher in Hessen“ wird künftig die zentrale Botschaft aller polizeilichen Präventionsmaßnahmen sein.

Das Präventionsmobil fand bei zahlreichen regionalen Veranstaltungen zur Prävention des Wohnungseinbruchsdiebstahls interessierten Anklang. Überregional präsentierten die Polizeipräsidien und das Hessische Landeskriminalamt das publikumswirksame Fahrzeug zu den Themen Prävention Cybercrime und Verkehrsprävention anlässlich des Hessentages in Hofgeismar, des Tages der offenen Tür des Bundesrates in Berlin und der Festivitäten zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit in Frankfurt am Main.

2. Präventionsbereiche

2.1 Jugendkriminalität

Entwicklung im vergangenen Jahr

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 169.241 Tatverdächtige (TV) in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst. Der Anteil der Kinder¹, Jugendlichen und Heranwachsenden lag bei 35.764 TV und stieg somit im Vergleich zum Vorjahr um 10,6% auf 21,1%.

Dieser Anstieg zeigt allerdings ein verfälschtes Bild der Entwicklung in der Jugendkriminalität auf, da die Ursachen für diesen Anstieg ausschließlich in der Entwicklung der Verstöße der Jugend² gegen das AufenthG, das AsylVfG und das FreizügG/EU begründet sind (Flüchtlingszustrom). Rechnet man diese TV heraus, ergibt sich ein tatsächlicher Rückgang der Jugendkriminalität zu den Vorjahreszahlen um 3,5 % (921 TV) von 27.499 auf 26.578 TV in 2015.

So bereinigt, teilt sich die Entwicklung wie folgt auf:

Die Zahl der tatverdächtigen Kinder fiel um 10,3% von 2.975 auf 2.669 TV (2015), die Zahl der tatverdächtigen Jugendlichen um 6,6% von 11.833 auf 11.053 TV (2015) und die Zahl der tatverdächtigen Heranwachsenden stieg um nur 1,3% von 12.691 auf 12.856 TV (2015).

Bezüglich einzelner Deliktsformen ergab sich folgende Entwicklung:

Bereits im Jahr 2014 nahmen die durch die Jugend begangenen Straftaten der Rohheitsdelikte³ deutlich ab. Im Berichtsjahr 2015 hat sich dieser Trend mit einem Rückgang um 7,2 % fortgesetzt.

Bei den Raubstraftaten, die aufgrund ihrer hohen kriminellen Energie im besonderen Fokus der Öffentlichkeit stehen, wurden im Berichtsjahr 929 TV der Altersgruppe Jugend erfasst. Das entspricht einem Rückgang um 19,7% im Vergleich zum Vorjahr. Die Körperverletzungsdelikte sind um 5,8% von 5.115 auf 4.817 TV zurückgegangen.

¹ 6 - > 14 Jahre

² 6 - > 21 Jahre

³ Straftatbestände wie Körperverletzung, Raub/räuberische Erpressung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit, wie z.B. Bedrohung und Nötigung, werden unter dem Oberbegriff Rohheitsdelikte subsumiert.

Schwerpunkte und Projekte

Mit Hilfe der programmunterlegten Sympathiefigur der hessischen Polizei „Kinderkommissar LEON“ werden inzwischen seit 10 Jahren erfolgreich verkehrs- und kriminalpräventive Botschaften für die Zielgruppe Kinder von 5-10 Jahren vermittelt. Im Laufe der vergangenen Jahre haben sich Aufgaben, Anforderungen und damit auch die Arbeit der Polizei mit dieser Zielgruppe deutlich verändert. Aus diesem Grund wurde im Mai 2015 die AG LEON mit Vertretern der Flächenpräsidien, der Polizeiakademie Hessen unter Federführung des Hessischen Landeskriminalamtes zur Anpassung des Gesamtkonzepts an die aktuellen Gegebenheiten und die polizeilichen Standards eingerichtet. Im Ergebnis wurden alle Materialien gesichtet und bewertet, Vorschläge für neue Materialien erarbeitet, Flyer aktualisiert und sowohl das LEON-Gesamtkonzept als auch das Hilfe-Insel-Konzept aktualisiert.

Die Gründe, warum junge Menschen strafrechtlich in Erscheinung treten, sind sehr vielschichtig und komplex und bedürfen differenzierter Lösungsansätze. Vor diesem Hintergrund erfolgte im Jahr 2010 die erste Einrichtung eines „**Haus des Jugendrechts**“. Mit der im Berichtsjahr 2015 erfolgten Eröffnung einer zweiten Einrichtung in Frankfurt am Main sind mittlerweile drei Häuser des Jugendrechts in Hessen im Wirkbetrieb. Die ressortübergreifenden Häuser verfolgen durch einen verstärkten präventiven Ansatz das Ziel, junge Menschen frühzeitig zu erreichen, d.h. möglichst vor oder noch an der Schwelle der Delinquenz.

Aufgrund positiver Erfahrungen mit dem in einigen regionalen Bereichen der Jugendsachbearbeitung angewandten Wohnortprinzip, wurde dieses im Berichtsjahr 2015 flächendeckend und präsidiumsübergreifend für die Bearbeitung von Jugendsachen eingeführt.

Neben der Vernetzung und dem engen fachlichem Austausch der Jugendkoordination mit der Jugendsachbearbeitung wurden landesweite Programme wie „**Prävention im Team**“ (PiT) und „**Kinderkommissar LEON**“ weitergeführt.

Großveranstaltungen, wie der Hessentag 2015 in Hofgeismar und die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit in Frankfurt am Main, wurden tatkräftig

durch die Betreuung von Informationsständen für Erwachsene und Kinder zu jugendspezifischen Präventionsthemen unterstützt.

Gemeinschaftlich wurde mit dem Bereich der Verkehrsprävention und der Fachberatung Prävention Cybercrime für ein Informations- und Beratungsangebot gesorgt, welches auf beiden Veranstaltungen starken Andrang und Interesse fand. Thematisch wurde die Jugend zum Thema Verkehrssicherheit und Gefahren bei der Nutzung der neuen Medien erreicht. Um den Zugang zur jüngsten Zielgruppe zu finden, wurde der Kinderkommissar LEON als „Informationsbote“ für die Kinder eingesetzt.

Neben den landesweiten Maßnahmen und dem gemeinsamen Einsatz bei Großveranstaltungen initiierten oder beteiligten sich die Jugendkoordinatorinnen und Jugendkoordinatoren auch auf lokaler Ebene an verschiedensten Programmen, Projekten und Maßnahmen:

Das Polizeipräsidium Nordhessen initiierte gemeinsam mit der Kinder- und Jugendförderung der Stadt Baunatal die Veranstaltung „Blickfang Jugend“, ein Präventionsprojekt, welches im Rahmen öffentlicher Veranstaltungsreihen Vorträge zu unterschiedlichen jugendspezifischen Themen anbot.

Im Polizeipräsidium Südhessen startete das Projekt "Gelbe Karte" in Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg. Das Projekt stellt regional einen weiteren Präventionsbaustein in der Offensive gegen Gewalt sowie Alkohol- und Drogenmissbrauch dar. Es verfolgt das Ziel, vor allem junge Menschen von der Begehung weiterer Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten abzubringen. Die Polizei und die Fahrerlaubnisbehörden arbeiten in dem Projekt Hand in Hand.

Bereits zum dritten Mal in Folge bot das Kooperationsnetzwerk „HaLt“ (Hart am Limit) im Polizeipräsidium Südosthessen im Rahmen der Jugendfilmtage den Jugendlichen an, sich mit den „Alltagsdrogen“ Nikotin und Alkohol aktiv auseinanderzusetzen. Das „HaLt“-Projekt läuft seit vier Jahren in Stadt und Landkreis Offenbach unter Beteiligung verschiedener Akteure in der (Sucht-)Prävention, die sich größtenteils aktiv an der Durchführung der Jugendfilmtage beteiligen.

Das Polizeipräsidium Osthessen beteiligte sich als Netzwerkpartner der regionalen Suchtprävention an den Fuldaer Schultheatertagen, welche unter dem Motto „SehnSucht“ standen und in deren Anknüpfung ein auf fünf Jahre ausgelegtes Theaterprojekt eingerichtet wurde. Es heißt „Sehnsüchtig“ und steht allen Schulen in Stadt und Landkreis Fulda offen.

Die Jugendkoordination des Polizeipräsidiums Westhessen beteiligte sich am schulübergreifenden Mentorenprogramm „Digitale Helden“, welches Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufe zu Mentoren für ihre gleichaltrigen Mitschüler ausbildet. Das Programm konnte im Jahr 2015 auf insgesamt 15 Schulen ausgeweitet werden. Konzeptionell wird das Projekt von einem Partnernetzwerk aus Polizei (Jugendkoordinatoren), Jugendamt, Jugendbildungswerk, staatlichem Schulamt und Elternvertretern begleitet. Die Mitglieder des Partnernetzwerks stehen den Schülerinnen und Schülern außerdem mit ihren jeweiligen Kompetenzen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die Jugendkoordination des Polizeipräsidiums Frankfurt beteiligte sich auch im Berichtsjahr im Netzwerk „Eigenständig werden“, einem Präventionsprogramm an Frankfurter Grundschulen im Rahmen der Gewalt- und Suchtprävention. In Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt, dem Verein Arbeits- und Erziehungshilfe, dem Kinderbüro und dem Zentrum für Essstörungen bildet die Polizei mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen einen wichtigen Baustein im Rahmen des Programms. Mit Hilfe von positiven Bildern und praktischen Übungen zur Persönlichkeitsstärkung lernen die Kinder im Baustein der Polizei klare Grenzen zu ziehen, um Gefahrensituationen selbstbewusst aus dem Weg gehen zu können. Das Netzwerk stellte seine Arbeit auch am Stand der Polizei beim Deutschen Präventionstag in Frankfurt/M. gemeinsam vor.

Die Projektphase von „face2face Jugend trifft blau“ wurde zwischenzeitlich abgeschlossen. Aus dem Projekt heraus wurde ein eigener eingetragener Verein (Face2Face e.V) durch die ehemals beteiligten Jugendlichen gegründet. Dieser führt nun selbstständig vielschichtige soziale Arbeit für Kinder und Jugendliche durch. Die Polizei ist Kooperationspartner und unterstützt bei verschiedenen Veranstaltungen in Schulen und Jugendhäusern.

Aufgrund der Entwicklungen der Flüchtlingszuwanderung ergaben sich Themenschwerpunkte zu begleiteten und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Die Jahrestagung der Jugendkoordination im Oktober 2015 wurde schwerpunktmäßig zu diesen Themen ausgerichtet. Unter Hinzuziehung von externen und internen Fachreferenten wurde die aktuelle Situation in Hessen analysiert und das weitere Vorgehen abgestimmt.

Ausblick

In 2016 wird sich die Jugendkoordination der hessischen Polizei voraussichtlich weiterhin verstärkt mit der Problematik von minderjährigen Flüchtlingen beschäftigen müssen. Auch in diesem Zusammenhang entsteht der Eindruck, dass das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger im Kontext der Flüchtlingskrise beeinträchtigt ist, was sich in den steigenden Anfragen und Beratungsbedarfen von Eltern und Schulen zu den Themen „Sicherer Schulweg“, „Selbstsicherheitstrainings“ und „Bewaffnung zum Eigenschutz“ widerspiegelt. Dies lässt darauf schließen, dass der Bedarf an Informationen und präventiven Maßnahmen der Polizei weiterhin steigt.

2.2 Verkehrsprävention

Entwicklung im vergangenen Jahr

Im Jahr 2015 wurden auf Hessens Straßen 135.625 Unfälle durch die Polizei registriert. Es wurden 232 Personen tödlich, 4.099 Personen schwer und 16.861 Personen leicht verletzt.

Im Gegensatz zu der Anzahl der Verkehrsunfälle im Jahr 2014 mit insgesamt 130.907 Unfällen, davon 213 Personen tödlich, 4.188 schwer und 16.838 leicht verletzten Personen ist sowohl in dem Bereich der Gesamtunfälle, wie auch bei den tödlich Verletzten eine Steigerung festzustellen.

Bei den Gesamtunfällen hat dies eine Auswirkung von plus 3,6%, was einem Zuwachs von 4.719 Unfällen entspricht. Bei näherer Betrachtung fällt hierbei die Zunahme von Wildunfällen ins Auge, die mit einem Anstieg von 20,29%, somit mit einer Anzahl von 3.220 Unfällen zum Tragen kommt. Nachdem im Vorjahr bei den Verkehrsunfällen mit Personenschaden ein leichter Rückgang zu verzeichnen war,

stieg die Anzahl der tödlich verletzten Personen um 9,43% an. Im Gegenzug konnte die Anzahl der schwer Verletzten weiterhin um 2,13% gesenkt werden. Diese beiden Formen der Personenschäden werden als Gruppe der Personenschäden in der Langzeitbetrachtung zusammen genommen. Seit 2006 ist insgesamt eine Reduzierung der Anzahl der Getöteten und Schwerverletzten feststellbar, was dem positiven Trend der vergangenen 10 Jahre auf Bundesebene entspricht.

Schwerpunkte und Projekte

Mit der landesweiten Umsetzung der Aktion „MAXimal mobil bleiben - mit Verantwortung!“ im Oktober 2015 konnte ein weiterer Beitrag zur Verkehrssicherheit, insbesondere für die Generation 65plus, geleistet werden. Hier begann die landesweite Einführung mit einer frühzeitigen Einbindung der Polizeipräsidien. Dabei konnten neue Kooperationspartner für gemeinsame Maßnahmen (z.B. zu den Präventionsthemen Fahrassistenzsysteme, Auswirkungen von Medikamenten auf die Fahrtüchtigkeit, sicherer Umgang mit Rollatoren u.v.m.) gewonnen, die Tätigkeiten der teilweise vorhandenen regionalen Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren (SfS) erweitert sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger in anderen Regionen neu gewonnen werden. Darüber hinaus wurden durch die Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention des Hessischen Landeskriminalamtes den Polizeipräsidien projektbezogene Materialien wie twall®⁴, Alterssimulationsanzüge, AgilityBoard´s⁵ und Präsentationsfaltstände, zur Verfügung gestellt.

Weitere Maßnahmen, bei denen Fußgänger und Radfahrende als „schwächere Verkehrsteilnehmer“ im Fokus standen, konnten im Rahmen der Aktion „Lass dich sehen“ umgesetzt werden. Sie wurden für die Gefahren des Straßenverkehrs sensibilisiert und über entsprechende Verhaltenstipps informiert. Als begleitende Medien wurden retroreflektierende Schnappbänder und aktionsbezogene Infokarten ausgegeben.

Von der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) konnte die hessische Polizei auch in diesem Jahr profitieren. Im Rahmen der bundesweit

⁴ Ein interaktives Sport- und Trainingsgerät, das Reaktion, Koordination und Bewegungsfähigkeit schult, welches zum Einsatz bei Aktionen im Rahmen von Präventionstagen verschiedenster Zielgruppen sehr gut geeignet ist.

⁵ Ein mobiles interaktives Sport- und Trainingsgerät, das Reaktion, Koordination und Bewegungsfähigkeit schult und das durch seine geringen Ausmaße und Gewicht leicht zu transportieren und von nur einer Person bedienbar ist und somit einen kurzfristigen Einsatz möglich macht. Eine ideale Kombination bietet der Alterssimulationsanzug.

durchgeführten Aktion „Runter vom Gas“ wurden seitens des DVR neue Materialien zur Verfügung gestellt, die diesmal das Thema „Ablenkung“ in den Fokus rückten. Durch ein überdimensionales Handy als Aufsteller und Blickfang sowie einen sogenannten „Streckenteppich“ konnte durch die Verkehrsprävention in Hessen für jedermann verständlich die Wegstrecke dargestellt werden, die ein Fahrzeugführer zurücklegt, wenn er während der Fahrt durch ein Handy abgelenkt ist.

Seit Sommer 2013 werden im Bereich des Polizeipräsidiums Nordhessen Strecken mit hoher Unfallbelastung durch Wild einer näheren Analyse unterzogen. Im Folgenden wurden auf den betreffenden Streckenabschnitten Geschwindigkeitsreduzierungen umgesetzt, die durch eine polizeiliche Geschwindigkeitsüberwachung und Sensibilisierungsgespräche begleitet werden. Diese Maßnahmen werden durch eine statistische Auswertung flankiert. Dieses Bündel an Maßnahmen wurde 2015 fortgesetzt und ist auch für 2016 vorgesehen.

Ausblick

Die in den Polizeipräsidien mit den örtlichen Kooperationspartnern durchgeführten Projekte/Aktionen der Aktion „MAXimal mobil bleiben - mit Verantwortung!“ werden fortgeführt und ausgeweitet. Hierbei ist die kontinuierliche Fortschreibung des Programms „Sicherheitsberater für Senioren“ (SfS) wesentlicher Bestandteil. Die Beschaffung und Verwendung von einheitlichen Flyern, Plakaten und Schautafeln fördern den Erkennungswert der landesweiten Aktion. Die Gewinnung von überregionalen Kooperationspartnern auf Landesebene erfolgt durch die Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention des Hessischen Landeskriminalamtes.

Die Fortführung der Aktion „Lass dich sehen“ wird weiterhin im Fokus der polizeilichen Verkehrspräventionsarbeit liegen, um die Unfallzahlen in Bezug auf verunglückte Fußgänger und Radfahrer dauerhaft zu senken. Kombinierte präventive und repressive Aktionen an Unfallschwerpunkten stehen hier im Mittelpunkt. In diesem Zusammenhang sind auch die Motorradfahrerinnen und -fahrer zu benennen, deren Risikofaktor nicht nur durch eigens verursachte Unfälle erhöht ist. Deshalb wird im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit ein „BIKE-Konzept“ entwickelt.

Hessen ist als zentrales Transitland durch die permanente Steigerung des gewerblichen Güterverkehrs stark belastet. Dies schlägt sich fast täglich in Unfallgeschehnissen nieder, die oftmals Personenschäden, nicht unbedeutende wirtschaftliche Schäden und erhebliche, stundenlange Verkehrsbehinderungen zur Folge haben. Die Entwicklung und Durchführung weiterer Maßnahmen zur Verhinderung LKW-typischer Unfälle bilden einen weiteren Schwerpunkt für die kommenden Jahre.

2.3 Kriminalpolizeiliche Beratung

Entwicklung im vergangenen Jahr

Auch in diesem Jahr stand der Schutz der hessischen Bürgerinnen und Bürger vor Wohnungseinbrüchen an erster Stelle. Ein Beleg für den Erfolg der Bemühungen ist der Anteil der Versuche (+43,8 %) in diesem Deliktsbereich, der sich auf 5.082 Fälle beziffert, was einer Steigerung um 9,1% entspricht. Dieser Erfolg ist auch auf die verschiedenen Aktionen im Rahmen der Sommerkampagne 2015 und in der sogenannten „dunklen“ Jahreszeit zurückzuführen.

Schwerpunkte und Projekte

Das Polizeipräsidium Frankfurt führte im Rahmen der Sommerkampagne in verschiedenen Stadtteilen Frankfurts mit unterschiedlichen Kooperationspartnern (Eigentümerverschein, Mieterschutzverein etc.) regelmäßig Vorträge zum Thema Einbruchschutz durch. Im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Westhessen führte die Beratungsstelle des Main-Taunus-Kreises im Zeitraum September bis November 2015 allein 13 Informationsveranstaltungen zur WED-Prävention auf ausgewählten Marktplätzen in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Präventionsrat durch. Das Polizeipräsidium Nordhessen führte mit seiner eigenen mobilen Beratungsstelle zwei „Nordhessentouren“ durch, einmal im Rahmen der Sommerkampagne, zum anderen in der bereits erwähnten „dunklen“ Jahreszeit. Es wurden jeweils unterschiedliche Kommunen und Städte mit täglich zwei Anlaufstellen aufgesucht. Auch die Polizeipräsidien Südhessen und Südosthessen unternahmen Präventionsrundreisen in ähnlichem Umfang.

Darüber hinaus wurde das Beratungsangebot der hessischen Polizei vom Hessischen Landeskriminalamt durch zwei Experten-Chats zum WED und vier Fernsehauftritte im Hessischen Rundfunk erweitert. Im Rahmen der Fernsehauftritte wurde anschaulich dargestellt, wie wirksamer Einbruchschutz aussehen sollte. Gleichzeitig wurden die beiden Serviceleistungen der hessischen Polizei, einerseits das kostenlose und neutrale Beratungsangebot direkt am jeweiligen Wohnobjekt und andererseits die Herausgabe der landesweiten Errichternachweise „Mechanik“, „ÜMA/EMA“, und „Video“ öffentlichkeitswirksam herausgestellt.

Vom Hessischen Landeskriminalamt wurden insgesamt 12 Errichterüberprüfungen durchgeführt, um den hohen Standard der gelisteten Errichterunternehmen sicherzustellen.

Anlässlich eines Vortrags in der Architektenkammer Marburg-Cappel konnten angehende Architekten und Planer für die Berücksichtigung der kriminalpolizeilichen Empfehlungen schon in der Planungsphase sensibilisiert werden.

Mehrere große Industrie- und Wirtschaftsunternehmen mit überregionaler Bedeutung ersuchten im Bereich des Polizeipräsidiums Nordhessen um sicherungstechnische Beratung: Krauss-Maffei Wegmann GmbH + Co. KG (KMW) als deutsches Rüstungsunternehmen, K + S AG (vormals Kali und Salz AG), weltweit führender Anbieter von kali- und magnesiumhaltigen Produkten, und die Viessmann Werke GmbH + Co. KG, einer der international führenden Hersteller von Heiz-, Industrie- und Kühlsystemen.

Unmittelbar nach den Anschlägen in Paris war im Bereich des Polizeipräsidiums Frankfurt der Beratungsbedarf (von Einbruchsicherung bis hin zu Sicherheitskonzepten für den Fall terroristischer Anschläge) besonders groß. Es wurden umfassende Beratungen u. a. bei der FAZ, DPA, Bank of N.Y., Goldman Sax, KanAmGrund und dem Bibelhaus Frankfurt durchgeführt.

Mit der Thematik Flüchtlingsunterbringung waren die Beratungsstellen unterschiedlich befasst. Das Hessische Landeskriminalamt war und ist eingebunden in die Liegenschaftssicherungen aller hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen, u.a. auch durch das Erstellen einer jeweils spezifischen Videoüberwachungskonzeption.

Die örtlichen Beratungsstellen sind als kompetente polizeiliche Ansprechpartner für die Kommunen, die Betreiber der verschiedenen Einrichtungen, die sonstigen Institutionen und Verbände ebenfalls zeitintensiv mit der Thematik befasst.

Auch in 2015 war das Hessische Landeskriminalamt wieder intensiv in die Liegenschaftsbetreuung „Hessischer Landtag“ und „Rhein-Main-Flughafen Frankfurt“ eingebunden.

Als Reaktion auf die terroristischen Anschläge in Frankreich ersuchte das Französische Generalkonsulat um eine sicherungstechnische Beratung. Konsulat und Residenz der Republik Türkei unterliegen einer permanenten Gefährdung auch in der Bundesrepublik Deutschland. Diesbezüglich erfolgte eine Überprüfung der vorhandenen Sicherungsmaßnahmen.

Ausblick

Im Bereich der Sicherung polizeilicher Liegenschaften ist das SG 132 bei mehreren Objekten mittel- bis langfristig eingebunden, deren Betreuung auch in 2016 erforderlich sein wird:

- die Sanierung der Polizeiautobahnstation Langenselbold
- die Zusammenlegung des 13. und 14. Polizeireviers in Frankfurt, in einen Bestandsbau
- der Neubau des Polizeipräsidiums Südosthessen.

Weitestgehend geschaffen wurden die Voraussetzungen für die Durchführung des Pilotprojektes „IT-unterstützte sicherungstechnische Beratung“, die in der grundsätzlichen Festlegung der technischen Voraussetzungen (Hard- und Software), der Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Belange, der Planung und Ausgestaltung des Pilotprojektes einschließlich der personellen Unterfütterung sowie der behördenübergreifenden Abstimmung der umfangreichen Beschaffungsmaßnahmen bestanden. Ob die Zielsetzungen „Optimierung des Beratungsangebotes“, „Arbeits- und Zeitersparnis der Beraterinnen und Berater“ erreicht werden, wird der hessenweite Pilotversuch in 2016 zeigen.

Aktuell werden 22 Optionen zur Ausweitung der Videoüberwachung von öffentlichen Straßen und Plätzen in Hessen geprüft. In der Folge werden umfangreiche Beratungen durch die Experten des Hessischen Landeskriminalamtes erfolgen.

2.4 Opferschutz, Häusliche Gewalt

Entwicklung im vergangenen Jahr

Ein professioneller Umgang mit Opfern und Zeugen ist Hauptbestandteil des polizeilichen Opferschutzes. Er beinhaltet auch die gesetzliche Verpflichtung, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zu treffen, um schädigende Ereignisse abzuwehren oder zu beenden und Opfer auf ihre besonderen Opferrechte hinzuweisen.

Im Themenfeld Häusliche Gewalt und Stalking ist ein Anstieg der durch die Polizei ausgesprochenen Platzverweise von 575 im Jahr 2014 auf 644 im Jahr 2015 zu verzeichnen. Das ist ein Anstieg von 12%. Dies korrespondiert mit den durch die Polizei ausgesprochenen Kontaktaufnahmeverboten, d. h. dass der Täterin oder dem Täter durch die Polizei untersagt wird, mit dem Opfer in Kontakt zu treten. Hier ist ein Anstieg von 1.842 auf 1.949 im Vergleich zum Vorjahr festzustellen (+5,8%). Weitere Zahlen und Grafiken zu den Themenfeldern Häusliche Gewalt und Stalking sind als [Anlage](#) (4.3.) beigefügt.

Die vielfältigen Maßnahmen der Opferschutzbeauftragten der Polizeipräsidien und der Opferschutzkoordinatorinnen und –koordinatoren der Polizeidirektionen zeigen ihre Wirkung. Der polizeiliche Opferschutz wird bei der hessischen Polizei als selbstverständlicher Bestandteil der polizeilichen Arbeit angesehen. Geschädigte sowie Angehörige und Hinterbliebene werden auf ihre besonderen Rechte und auf die Unterstützung durch Opferhilfeeinrichtungen hingewiesen.

Regelmäßige Besprechungen und Workshops innerhalb der hessischen Polizei verfolgen das Ziel, Opferrechtsreformen sinnvoll und praxisnah in die polizeiliche Arbeit zu integrieren und einen professionellen Umgang mit Zeugen und Geschädigten zu gewährleisten.

Schwerpunkte und Projekte

Nach Fertigstellung der Rahmenkonzeption „Opferschutz“ und des Leitfadens „Professioneller Umgang mit Opfern und Zeugen“ sowie deren Vorstellung im Rahmen einer Opferschutztagung im Hessischen Landeskriminalamt, wurde 2015 mit der hessenweiten Umsetzung begonnen. Die zwischen den Polizeipräsidiien, der Polizeiakademie Hessen und dem Hessischen Landeskriminalamt abgestimmten Maßnahmen sprechen unterschiedliche Zielgruppen innerhalb der hessischen Polizei an. Durch die Thematisierung im Rahmen von Führungskräftebesprechungen ist die Polizeiführung bereits in die Verantwortung genommen worden und fördert im Rahmen ihrer Führungs- und Fachaufsicht die Umsetzung des polizeilichen Opferschutzes. Informationsveranstaltungen mit Impulsvorträgen für alle Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter geben die Inhalte des Opferschutzes direkt an die Sachbearbeitung und bewerben den Umgang mit dem Leitfaden als Nachschlagewerk. Der themenbezogene Austausch bei Dienstgruppen und Fachkommissariaten dient zudem der Qualitätssicherung des Leitfadens.

Die Sichtweise, dass Häusliche Gewalt keine Privatsache ist und vom Staat sanktioniert wird, hat sich zwischenzeitlich hessen- und bundesweit etabliert. Auch die Erfahrungen der Polizei im Umgang mit dem Phänomen Häusliche Gewalt, verbunden mit der Notwendigkeit, die Thematik „Gewalt im sozialen Nahraum“ in die Handlungsleitlinien zu integrieren, machten eine Überarbeitung unter der Leitung des Hessischen Landeskriminalamtes und mit Vertretern der Polizeipräsidiien und der Polizeiakademie Hessen notwendig.

Der intensivierete Austausch mit der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung führte dazu, dass bereits im Studium frühzeitig und praxisnah ein Gespür für die Bedürfnisse der Opfer und deren Angehörigen dem polizeilichen Nachwuchs vermittelt werden kann.

Zum Ende des Jahres wurde die EU-Richtlinie über die Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern im Strafverfahren mit dem 3. Opferrechtsreformgesetz in nationales Recht umgesetzt. Anhand des Gesetzentwurfes erarbeiteten die Opferschutzbeauftragten unter der Leitung des

Hessischen Landeskriminalamtes, welche Vorschriften in der polizeilichen Sachbearbeitung Berücksichtigung finden müssen.

Seit vergangenem Jahr kann die Polizei Geschädigte und ihre Hinterbliebenen über das OEG-Trauma-Netzwerk an Fachkliniken für psychotherapeutische Behandlung vermitteln. Damit sollen dauerhafte psychische Schädigungen nach einer Gewalttat vermieden werden.

Das beim Polizeipräsidium Südhessen 2014/2015 durchgeführte Projekt „Letzte Chance Enkeltrick“ wurde dauerhaft umgesetzt und mittlerweile auch auf andere hessische Banken und Polizeipräsidien ausgeweitet.

Ausblick

Die Umsetzung des Leitfadens „Professioneller Umgang mit Opfern und Zeugen“ wird durch vielfältige Veranstaltungen in den Polizeipräsidien, der Polizeiakademie Hessen, der Hochschule für Polizei und Verwaltung und dem Hessischen Landeskriminalamt intensiviert und vertieft.

Die Auswirkungen des 3. Opferrechtsreformgesetzes werden dabei integriert. Sie fließen darüber hinaus in die Überarbeitung der Informationsmaterialien (Broschüren, Internet- und IntraPol-Beiträge, Standardvorträge, Leitfaden) und des Formularwesens ein.

2.5 Städtebauliche Kriminalprävention

Entwicklung im vergangenen Jahr

Im vergangenen Jahr konnte die regionale Zusammenarbeit mit Bauämtern, Architekten und der Wohnungswirtschaft weiter intensiviert werden. Die Anzahl der eingeforderten Stellungnahmen zum Thema „Städtebauliche Kriminalprävention“ hat bezogen auf das gesamte Land Hessen eine leichte Steigerung erfahren.

Schwerpunkte und Projekte

Das Polizeipräsidium Mittelhessen setzte seine Beteiligung an dem Projekt „EinSicht - Marburg gegen Gewalt“ fort. Im Rahmen dieses Kooperationsprojektes der Stadt

Marburg und der Philipps-Universität-Marburg zur Unterstützung der Gewaltprävention vor Ort wurden gemeinsame Begehungen entlang von „Angsträumen“ in der Marburger Innenstadt durchgeführt. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden politischen Entscheidungsträgern präsentiert. Dabei wurde insbesondere auf präventionsrelevante Aspekte hingewiesen. In der anschließenden gemeinsamen Besprechung folgte ein reger Informationsaustausch mit dem Konsens, die Erkenntnisse in zukünftige städtebauliche Planungen einfließen zu lassen.

Das Polizeipräsidium Frankfurt stellte das mit der Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt, Fachbereich Geowissenschaften/Geographie, durchgeführte, städtebauliche Projekt „Preungesheim isst“ im Rahmen des Deutschen Präventionstages vor, um den Bekanntheitsgrad der städtebaulichen Kriminalprävention weiter auszubauen.

In allen Präsidien wurde das Gütesiegel „Sicher Wohnen in Hessen“ intensiv beworben. Das Polizeipräsidium Südosthessen hat das Projekt „GBO-Wohnanlage - Arthur-Zitscher-Straße 6“ bis zur Fertigstellung begleitet.

Das Hessische Landeskriminalamt war an mehreren Sitzungen der bundesweiten **KPK-Projektgruppe „Städtebau und Einbruchschutz“** aktiv beteiligt. Das von der Projektgruppe erarbeitete, aktuelle Informationsmedium zum Thema „Städtebauliche Kriminalprävention“ wird im Jahr 2016 der Öffentlichkeit über den Internetauftritt des ProPK (www.polizei-beratung.de) zugänglich gemacht.

Ausblick

Durch die vermehrte Kontaktaufnahme zu möglichen Adressaten wird im kommenden Jahr mit einer steigenden Zahl von Bewerbungen für das Gütesiegel „Sicher Wohnen in Hessen“ gerechnet.

Darüber hinaus ist aufgrund zu priorisierender Aufgabenwahrnehmung nicht mit einer Intensivierung der polizeilichen Beratung auf dem Gebiet der städtebaulichen Prävention zu rechnen.

2.6 Prävention Cybercrime

Entwicklung im vergangenen Jahr

Um der stetig wachsenden Bedrohung in diesem Deliktsbereich wirksam entgegen zu treten, übernimmt die Prävention Cybercrime die zentrale Aufgabe, aktuelle polizeiliche Erkenntnisse aus dem Bereich Internetkriminalität, sowie Informationen über Straftaten mit Bezug zum Tatmittel Internet, bürgerorientiert und zielgruppenkonform aufzubereiten und den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. Hierzu informiert die Prävention Cybercrime regelmäßig über die aktuellen Bedrohungen und gibt hilfreiche Tipps, wie man sich wirksam schützen kann.

Die Polizei beschränkt sich für ihre Botschaften nicht nur auf die Nutzung „klassischer“ Verbreitungswege, sondern geht durch die aktive Nutzung sozialer Netzwerke auch neue Wege, um möglichst viele Menschen mit wichtigen Informationen zu erreichen.

Unwissenheit oder Bequemlichkeit können auch die besten technischen Sicherheitsvorkehrungen aushebeln. Die Prävention Cybercrime legt ihren Schwerpunkt daher auf den Bereich der verhaltensorientierten Kriminalprävention. Hierbei steht die „Schwachstelle Mensch“ im besonderen Fokus der kriminalpräventiven Arbeit.

Für alle Bürgerinnen und Bürger besteht deshalb die Möglichkeit, das persönliche Beratungsangebot der Zentralstelle Prävention Cybercrime und der Fachberatungen Cybercrime der Polizeipräsidien vor Ort zu nutzen.

Hinsichtlich der Gefahren im Netz bleibt festzustellen, dass das Jahr 2015 schwerpunktmäßig durch den extensiven Versand von Phishing- und SPAM-Mails gekennzeichnet war. Ein verstärkter Beratungsbedarf bestand außerdem durch Anfragen zum Themenkomplex „Vorschussbetrug“ und „Waren- und Finanzagenten“.

Schwerpunkte und Projekte

Die Prävention Cybercrime war sowohl am Hessentag 2015 in Hofgeismar, wie auch im Rahmen der Blaulichtmeile anlässlich der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit in Frankfurt am Main mit dem Präventionsmobil der hessischen

Polizei vor Ort. Bei beiden Großveranstaltungen wurde der durch das Hessische Landeskriminalamt und die Polizeipräsidien betreute Informationstand mit überaus großem Interesse der Bürgerinnen und Bürger angenommen. Neben zahlreichen individuellen Beratungsgesprächen fand sich trotz des hohen Aufkommens von Besucherinnen und Besuchern immer wieder Zeit auch größere Gruppen durch themenspezifische Impulsvorträge für Gefahren bei der Nutzung der neuen Medien zu sensibilisieren.

Neben dem Einsatz bei den vorgenannten Großveranstaltungen, zeigte sich die Prävention Cybercrime auch auf lokaler Ebene sehr aktiv. So beteiligte sich das Polizeipräsidium Nordhessen in diesem Jahr unter dem Motto „Umgang mit Medien und Sozialen Netzwerken“ erfolgreich am 14. Kasseler Präventionstag.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelhessen wurden drei IT-Sicherheitsforen mit den zuständigen IHK Standorten durchgeführt. Unter einer Vielzahl von Referenten, die hierfür gewonnen werden konnten, befanden sich unter anderem Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt, dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), dem Hessischen Landeskriminalamt sowie dem Landesamt für Verfassungsschutz. Die Kooperation mit der IHK zur Beschulung von Auszubildenden wurde mit Unterstützung der Ausbildungsbetriebe erfolgreich fortgesetzt. Insgesamt wurden mit diesen Veranstaltungen ca. 2900 Interessierte erreicht.

Im Polizeipräsidium Südhessen standen im Jahr 2015 Banken und Sparkassen schwerpunktmäßig im Fokus der präventiven Arbeit. Neben grundsätzlichen Informationen wurden insbesondere Fragen zum Datenschutz aufgegriffen und thematisiert. Durch eine Vortragsreihe im ersten Halbjahr konnte so eine professionelle Beschulung/Sensibilisierung der Mitarbeiter erfolgen.

Mit der Zielrichtung, die Handlungssicherheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreditinstitute zu erhöhen, wurden durch die Zentralstelle Prävention Cybercrime im Hessischen Landeskriminalamt Multiplikatorenschulungen für die Deutsche Finanzagentur und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im medialen Vertrieb des Sparkassenverbands Hessen Thüringen durchgeführt.

Durch die Fachberatung Cybercrime des Polizeipräsidiums Südothessen wurde das modulare Seminar „Tatort Internet –Nutzen und Gefahren der Neuen Medien und wie kann ich mich schützen!“ erstmals bei der Feuerwache I in Hanau angeboten. Auf Grund der großen positiven Resonanz sind für das Jahr 2016 Vertiefungsveranstaltungen im Sinne von Multiplikatorenbeschulungen mit der Kreisjugendfeuerwehr des Main-Kinzig-Kreises in Planung.

Im Bereich der Lehrerfortbildung konnten durch das Polizeipräsidium Frankfurt Seminare bei einem privaten Bildungsträger und an der Universität Frankfurt durchgeführt werden. Bei benachbarten Behörden wurden Vorträge zum Thema "Internetkriminalität" bei der Tierärztlichen Kontrollstelle am Flughafen Frankfurt gehalten.

Da das Phänomen Cybercrime alle Altersstufen unserer Gesellschaft betrifft, bestand ein weiterer Schwerpunkt der Präventionsarbeit in der intensiven Schulung von Sicherheitsberatern für Senioren (SfS), die in Form mehrerer regionaler Veranstaltungen realisiert wurde.

Im Jahr 2015 wurden durch die Prävention Cybercrime hessenweit rund 370 Fachveranstaltungen durchgeführt. Zudem wurden etwa 6000 Bürgerinnen und Bürger telefonisch oder persönlich beraten. Insgesamt konnten so über das Jahr hinweg ca. 15.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht werden.

Ausblick

Die hessische Polizei wird als Ergänzung zur Internetseite www.polizei.hessen.de verstärkt den zentralen Facebook-Account nutzen, um aktuelle polizeiliche Erkenntnisse aus dem Bereich der Internetkriminalität mit hilfreichen Tipps möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen zu können.

Die Prävention Cybercrime konzentriert sich zukünftig auf eine Intensivierung der internen und externen Multiplikatorenschulungen.

Da für den Themenbereich Cybercrime ein schneller Informationsaustausch nötig ist, werden durch die Prävention Cybercrime die bestehenden Kooperationen vertieft.

Zudem ist beabsichtigt, neue Kooperationsvereinbarungen mit geeigneten Partnern zu initiieren.

2.7 Migration

Entwicklung im vergangenen Jahr

Der Berichtszeitraum 2015 wurde insbesondere durch die Fluchtmigration nach Deutschland und Hessen bestimmt, sodass auch die Arbeit der Migrationsbeauftragten hierdurch besonders betroffen war. Neben dem Dialog mit Muslimen/Migranten sind weitere Aufgabenschwerpunkte in der Krisenintervention sowie in der Vermittlung von Präventionsangeboten der hessischen Polizei festzustellen.

Schwerpunkte und Projekte

Fluchtmigration:

In 2015 reisten 79.788 Flüchtlinge nach Hessen ein, wovon ca. 80% aus muslimisch geprägten Ländern stammen. Wiederum stammen ca. 80% der Flüchtlinge in Hessen aus Bürgerkriegsländern wie beispielsweise dem Irak, Syrien oder Afghanistan.

Im Rahmen der Zuständigkeiten der Migrationsbeauftragten wurde im Juli 2015 eine Arbeitsgruppe „Flüchtlinge“ gegründet, die ein erstes Lagebild zur Zuwanderung, Verteilung auf die hessischen Kommunen und Kriminalitätsbelastung erarbeitet hat. An der AG sind pro Polizeipräsidium jeweils ein(e) Migrationsbeauftragte(r) beteiligt. Des Weiteren steht eine Konzeption für vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Polizei und Flüchtlingen vor der Finalisierung.

Es ist angedacht, die Arbeit der AG Flüchtlinge auch in 2016 fortzuführen, da weitere Migrationsbewegungen abzusehen sind. Des Weiteren ist es notwendig, die Auseinandersetzung im Umgang mit dieser neuen Zielgruppe fortzuführen, da sie als potentielle Opfer/Täter von Kriminalität in Frage kommen.

Es ist beabsichtigt, im Rahmen der AG Flüchtlinge Medien für die neue Zielgruppe zu erstellen. Diese sollen zur Umsetzung vertrauensbildender Maßnahmen

mehrsprachige Informationen zu Aufgaben und Zuständigkeiten der Polizei beinhalten.

Der Landesmigrationsbeauftragte beteiligt sich diesbezüglich auch in einer Unterarbeitsgruppe der KPK zum Thema Flüchtlinge.

Personal:

In 2015 waren in den Polizeipräsidien 18 Migrationsbeauftragte beschäftigt, wobei drei neue Migrationsbeauftragte ihren Dienst aufgenommen haben. Zur Unterstützung der Aufgaben des Landesmigrationsbeauftragten wurde durch das Polizeipräsidium Südhessen ein Migrationsbeauftragter abgeordnet.

Die neue Zuwanderung in 2015 mit ca. 80.000 Flüchtlingen in Hessen benötigt besondere Aufmerksamkeit durch die hessische Polizei, insbesondere durch die Migrationsbeauftragten als Vertrauenspersonen. Gleichzeitig darf die Arbeit zur bereits eingesessenen Migrantenbevölkerung im Dialog und in den vertrauensbildenden Maßnahmen nicht vernachlässigt werden.

Durch personelle Veränderungen in der Besetzung der Planstellen der Migrationsbeauftragten in 2015 und der starken Zuwanderung durch Fluchtmigration wurde ersichtlich, dass die Migrationsbeauftragten besondere Belastungen in ihrem Aufgabenbereich erfuhren.

Hier ist anzumerken, dass bereits vor der Zuwanderung in 2015 die Migrationsbeauftragten im Rahmen ihres Auftrags in einer heterogenen Gesellschaft bei ca. 25% Migrationshintergrund in Hessen einer großen Arbeitsbelastung ausgesetzt waren. Für 2016 ist zu befürchten, dass erneut eine starke Zuwanderungswelle erfolgen wird.

Bezüglich der Herkunftsregionen der Flüchtlinge ist festzustellen, dass insbesondere die arabischsprachigen Migrantengruppen eine neue Beachtung erhalten haben. In der Zusammensetzung der hessischen Migrationsbeauftragten kamen daher insbesondere auf die drei arabischsprachigen Migrationsbeauftragten zusätzliche Aufgaben bei der Umsetzung von vertrauensbildenden Maßnahmen zu.

Krisenintervention:

Entsprechend der Rahmenkonzeption der Arbeit der Migrationsbeauftragten nimmt die Krisenintervention⁶ (Polizeilagen mit Gewaltbezug im Migrantenkontext) einen besonderen Stellenwert ein. So wurden die Migrationsbeauftragten bei ca. 160 Fällen als Berater und Kulturmittler hinzugezogen. Insgesamt nahm dies in der Beratung, in Gesprächen und in der Nachbereitung ca. 1300 Arbeitsstunden in Anspruch. Durchschnittlich führt dies zu einer Arbeitsbelastung von ca. 75 Stunden pro Migrationsbeauftragten. Hierbei ist zu erwähnen, dass je nach Dichte des Migrantenanteils in einem Zuständigkeitsbereich die tatsächliche Arbeitsbelastung in Kriseninterventionen variiert.

Die Beratung und Analyse in Kriseninterventionen bedürfen besonderer Sensibilität und Erfahrung. Daher wird für 2016 beabsichtigt, die Fortbildung der Migrationsbeauftragten hinsichtlich des Gefährdungslagemanagements zu forcieren.

Fortbildung:

In 2015 konnte für die Migrationsbeauftragten eine Fachtagung zum Thema „Gewalt im Namen der Ehre“ durchgeführt werden. Ziel der Fachtagung war, die Migrationsbeauftragten zu informieren, ihre Handlungskompetenzen zu stärken sowie sich themenbezogen auszutauschen. Die Fachtagung erwies sich als nützlich und zielführend, sodass diese auch in Zukunft zu diversen Themen, in denen die Migrationsbeauftragten arbeiten, organisiert werden sollen. Des Weiteren ist in 2016 beabsichtigt, in Abstimmung mit der HPA entsprechend den Aufgaben und Zuständigkeiten der Migrationsbeauftragten Fortbildungsangebote zu unterbreiten.

Interne Veranstaltungen durch und mit Beteiligung von Migrationsbeauftragten:

Im Rahmen von Informationsveranstaltungen konnten unter Beteiligung der Migrationsbeauftragten insgesamt 43 Veranstaltungen zu diversen Themen⁷ durchgeführt werden. Hierdurch wurden ca. 1250 Beschäftigte der Polizei informiert.

⁶ Kriseninterventionsfälle: häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Gewalt im Namen der Ehre, Familienstreitigkeiten, Nötigungen, Tötungsdelikte, Gefährderansprachen.

⁷ Themen: Gewalt im Namen der Ehre, Differenzierung Islam/Islamismus, Kulturspezifische Vorträge, Aufgaben der Migrationsbeauftragten

Dialogmaßnahmen und externe Referententätigkeiten:

Im Rahmen der Dialogmaßnahmen vermittelten die Migrationsbeauftragten in ca. 80 Kontakten/Veranstaltungen Informationen zu diversen Präventionsthemen⁸. Weiterhin beteiligten sie sich an 73 Informationsveranstaltungen zu zusätzlichen Themenschwerpunkten⁹. Hierbei wurden ca. 2200 Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund erreicht und informiert. Insbesondere sind diese Maßnahmen auch im Rahmen des Dialogs mit Muslimen/Migranten in Moscheegemeinden durchgeführt worden.

Unabhängig der Referententätigkeiten wurde in 2015 durch ca. 230 weitere Kontaktaufnahmen mit Migrantenselbstorganisationen und Moscheegemeinden die Netzwerkarbeit gepflegt und gestärkt.

Arbeitskreis Sicherheit für Alle (AK SifA):

Das durch den AK SifA initiierte Multiplikatorenprojekt lief inzwischen im zweiten Jahr in der Verantwortung der Präventionsstabsstelle im Polizeipräsidium Südosthessen. Die Kooperationspartner konnten den lokalen Gegebenheiten der Migrantenselbstorganisationen in Offenbach entsprechend im Projekt erweitert werden, sodass inzwischen ca. 22 Personen aus verschiedenen Migrantenselbstorganisationen in Themen der Prävention beschult werden konnten. In 2015 wurden sechs Seminare mit Präventionsthemen durchgeführt. Hierdurch konnte festgestellt werden, dass das Vertrauensverhältnis zur Polizei merklich gesteigert werden konnte. Der AK SifA auf Landesebene begrüßt auch in Zukunft die Fortsetzung der Seminarreihen auf lokaler Ebene.

Anfragen im Kontext der Extremismusprävention:

Die Migrationsbeauftragten wurden in 2015 in 27 Fällen zur Extremismusprävention angefragt und verwiesen nach Rücksprache in ihren Behörden auf die zuständigen Institutionen, wie beispielsweise das HKE, VPN, das LfV Hessen oder den polizeilichen Staatsschutz. Die meisten Anfragen kamen von besorgten Eltern oder Schullehrern, die sich bzgl. des Salafismus informieren bzw. über Verhaltensauffälligkeiten im religiösen Kontext reden wollten.

⁸ Präventionsthemen: Verkehrsprävention, Opferschutz, Gewaltprävention, Internet/Neue Medien, Kinder-/Jugendschutz, Seniorenprävention und Suchtprävention.

⁹ Themen: Aufgaben der Migrationsbeauftragten, Gewalt im Kontext der Ehre, Kulturspezifische Themen.

Unterstützung der Nachwuchsgewinnung:

Die Migrationsbeauftragten unterstützten auch in 2015 die Nachwuchsgewinnung. Hierbei warben sie beispielsweise auch bei den Berufsinformationstagen oder der Nacht der Bewerber für den Polizeiberuf, insbesondere hinsichtlich der Zielgruppe junger Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei unterstützten die Migrationsbeauftragten bei 34 Veranstaltungen die Nachwuchsgewinnung und konnten ca. 1400 Personen erreichen.

Ausblick

Fluchtmigration wird ebenfalls in 2016 ein herausforderndes Thema bleiben.

- Fortsetzung der AG Flüchtlinge
- Entwicklung von Standards für die Arbeit mit Flüchtlingen
- Intensivierung der Fortbildung der Migrationsbeauftragten
- Ausweitung des AK SifA-Multiplikatorenprojekts auf ein weiteres Polizeipräsidium

2.8 Netzwerk gegen Gewalt

Das Netzwerk gegen Gewalt versteht Gewaltprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Getragen wird es vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, vom Hessischen Kultusministerium, vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und vom Hessischen Ministerium der Justiz. Es will Beiträge zur Intensivierung der Kooperation aller in der Gewaltprävention tätigen Akteure leisten.

Organisation und Personalia

Das strategische Steuerungsinstrument des Netzwerks gegen Gewalt ist die ressortübergreifend besetzte Lenkungsgruppe. Ihr gehört je eine Vertreterin/ein Vertreter der das Netzwerk gegen Gewalt tragenden Ministerien an.

Die Zentrale Geschäftsstelle des Netzwerks gegen Gewalt steuert die operative Tätigkeit des Netzwerks gegen Gewalt, koordiniert die Maßnahmen der Regionalen Geschäftsstellen und übt die Fachaufsicht über diese aus. Die Zentrale Geschäftsführung wird durch je eine Vertreterin/einen Vertreter des Hessischen

Ministeriums des Innern und für Sport sowie des Hessischen Kultusministeriums wahrgenommen. Die seit März 2014 vakante Geschäftsführerstelle des Innenressorts konnte ab Februar 2015 wieder besetzt werden.

Neben den sieben regionalen Geschäftsstellen besteht seit April 2011 eine Regionalstelle im Rheingau-Taunus-Kreis und seit November 2013 eine Regionalstelle im Kreis Bergstraße. Die Zusammenarbeit mit der Regionalstelle Rheingau-Taunus wurde 2015 um drei Jahre verlängert.

Zentrale Aktivitäten, Programme und Projekte

Prävention im Team (PiT-Hessen)

Das Gewaltpräventionsprogramm für weiterführende Schulen, PiT-Hessen, wurde im Schuljahr 2014/2015 an 96 Schulen angeboten. Zum Schuljahr 2015/16 begannen zwei weitere Schulen mit dem PiT-Programm, zwei PiT-Schulen erweiterten ihr Angebot um ein zweites PiT-Team. Das PiT-Programm hat eine eigene Programmleitung, die vom Hessischen Kultusministerium abgeordnet und an die Zentrale Geschäftsstelle angegliedert ist.

Ein Kooperationsvertrag zwischen den Ressorts Innen, Kultus und Soziales regelt die Aufgaben der verantwortlichen Ministerien im Programm PiT-Hessen.

Gewalt – Sehen – Helfen

Das Programm „Gewalt – Sehen – Helfen“ wird seitens des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport, den Landkreisen und Kommunen in Hessen angeboten. Insgesamt beteiligen sich 18 Kommunen und Landkreise an diesem Programm.

Medienkompetenz für Erwachsene

Die in 2014 begonnene Bildung regionaler Netzwerkknoten konnte in 2015 erfolgreich fortgesetzt werden. In nahezu jedem Zuständigkeitsbereich der Regionalen Geschäftsstellen gibt es jetzt einen solchen Zusammenschluss von Einrichtungen, Initiativen, Akteuren zu medienpädagogischen Themen. Verbesserung der Kooperation der regionalen Akteure im Bereich Medienkompetenz und eine Optimierung der Wirksamkeit der Maßnahmen sind Hauptziele der Netzwerkknoten.

Gewalt im Namen der Ehre

Die Weiterführung dieses Themas erfolgte in der Hauptsache durch regionale Schwerpunktsetzung. Hierzu gehörte die Umsetzung des Berliner Gleichstellungsprojektes „HEROES“ als Pilotprojekt im Juni in Offenbach.

Die Arbeit einer aktualisierten Neuauflage der Broschüre „Gewalt im Namen der Ehre“ dauerte 2015 noch an.

Mobbing

Die Nachfrage an der Informationsbroschüre des Netzwerks gegen Gewalt „Mobbing – Ein Wegweiser zur Mobbingprävention und Mobbingintervention in Hessen“ war auch im Berichtsjahr sehr groß. 2015 erschien eine aktualisierte Neuauflage der Broschüre in Höhe von 10.000 Exemplaren.

Sexualisierte Gewalt

Im Berichtsjahr unterstützte das Netzwerk gegen Gewalt sowohl landesweit als auch regional die Umsetzung der bundesweiten Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu sexuellem Missbrauch „Trau dich!“

Qualität von Präventionsprogrammen

Das Netzwerk gegen Gewalt will bei der Suche und Auswahl geeigneter Gewaltpräventionsprogramme Hilfestellung leisten. Auf der Homepage des Netzwerks ist ein Fragenkatalog abrufbar, der Verantwortlichen Hilfe und Orientierung bietet.

Öffentlichkeitsarbeit

Ein Schwerpunkt öffentlicher Kommunikation ist die Internetseite des Netzwerks gegen Gewalt.

Die Arbeit zur Neugestaltung der Homepage wurde 2015 fortgesetzt.

Deutscher Präventionstag

Das Netzwerk gegen Gewalt war auf dem 20. Deutschen Präventionstag in Frankfurt vertreten. Es beteiligte sich mit den Vorträgen: „Gemeinsam handeln! Mehr

erreichen! Das Hessische Netzwerk gegen Gewalt“ und „Wie Mobbing/Cybermobbing wirksam begegnen?“ Des Weiteren präsentierte es mit einem Infostand allgemeine Informationen zu den Aktivitäten des Netzwerks gegen Gewalt.

Kooperationen von besonderer Bedeutung

Die Zusammenarbeit mit dem Projekt des Hessischen Kultusministeriums „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD) wurde fortgeführt.

2.9 Freiwilliger Polizeidienst

Der Freiwillige Polizeidienst wurde seit Abschluss der überaus positiv verlaufenen Pilotphase im Dezember 2001 auf der Grundlage so genannter Koordinationsverträge bei hessischen Städten und Gemeinden intensiv ausgebaut.

Im Jahr 2015 beteiligten sich insgesamt 98 Kommunen am Freiwilligen Polizeidienst mit rund 630 (Anzahl nach Abschluss der Verträge) Polizeihelferinnen und Polizeihelfern.

Der Freiwillige Polizeidienst in Städten, Gemeinden und auf Landkreisebene hat sich als eine sinnvolle und wirksame Präventionsmaßnahme zur Erhöhung der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger erwiesen.

Aufgrund der positiven Erfahrungen der Kommunen und der Polizei mit dem Einsatz der freiwilligen Polizeihelferinnen und Polizeihelfer, sowie der positiven Resonanz aus der Bevölkerung, wird der Freiwillige Polizeidienst in Hessen auch in 2016 – u.a. im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit - weiter ausgebaut. So planen auch die Stadt Gelnhausen und die Gemeinden Brachtal und Linsengericht (Main-Kinzig-Kreis), noch in diesem Jahr dem Modell mit beizutreten.

3. Bewertung, Prognose und Ausblick für 2016

Die Präventionsarbeit der hessischen Polizei wird auch 2016 von den wachsenden Zuwanderungszahlen beeinflusst. In landes- und bundesweiten Projektgruppen werden Maßnahmen erhoben, geprüft und umgesetzt, die geeignet sind, einerseits

die Kriminalität durch und zum Nachteil von Zuwanderern zu verhindern und andererseits das Vertrauen in die Polizei zu stärken.

Aufgrund der notwendigen Schwerpunktsetzungen innerhalb der Polizei und der in der Kriminal- und Verkehrsprävention zur Verfügung stehenden Personalressourcen, kommt dem Thema Effizienzprüfung von polizeilichen Präventionsmaßnahmen eine wesentliche Bedeutung zu. Das Polizeipräsidium Mittelhessen initiierte hierzu die Fachtagung „Kriminalprävention- Thema für Alle?“, in welcher durch Fachreferenten neue Erkenntnisse der kriminologischen Wirkungsforschung sowie die Kriminalitäts- und Gewaltentwicklung in Deutschland erläutert wurden. Als Praxisbeispiel wurde das Projekt „Einsicht -Marburg gegen Gewalt“ vorgestellt, ein Kooperationsprojekt der Stadt Marburg und der Philipps-Universität, welches versucht, optimale Rahmenbedingungen zur Einführung und Festsetzung von Präventionsmaßnahmen im Bereich der Stadt Marburg zu unterstützen und zu schaffen.

Um Wohnungseinbrüchen weiterhin erfolgreich entgegenwirken zu können, prüft die hessische Polizei mit einer IT-gestützten sicherungstechnischen Beratung neue innovative Wege. Mittels „Tablet-Beratung“ soll das Beratungsangebot zum Schutz vor Einbruch optimiert und effizienter gestaltet werden.

Die Umsetzung der Rahmenkonzeption und des Leitfadens „Professioneller Umgang mit Opfern und Zeugen“ sowie des 3. Opferrechtsreformgesetzes wird 2016 fortgesetzt.

Gelingt es der Polizei, die erlittenen Schäden einer Straftat für Betroffene so gering wie möglich zu halten und diese bei der Wahrnehmung ihrer rechtlichen Ansprüche im Ermittlungsverfahren zu unterstützen, kann dies das Vertrauen in die Polizei stärken und die Anzeige- und Aussagebereitschaft erhöhen.

4. Anlagen

4.1 Kennzahlen

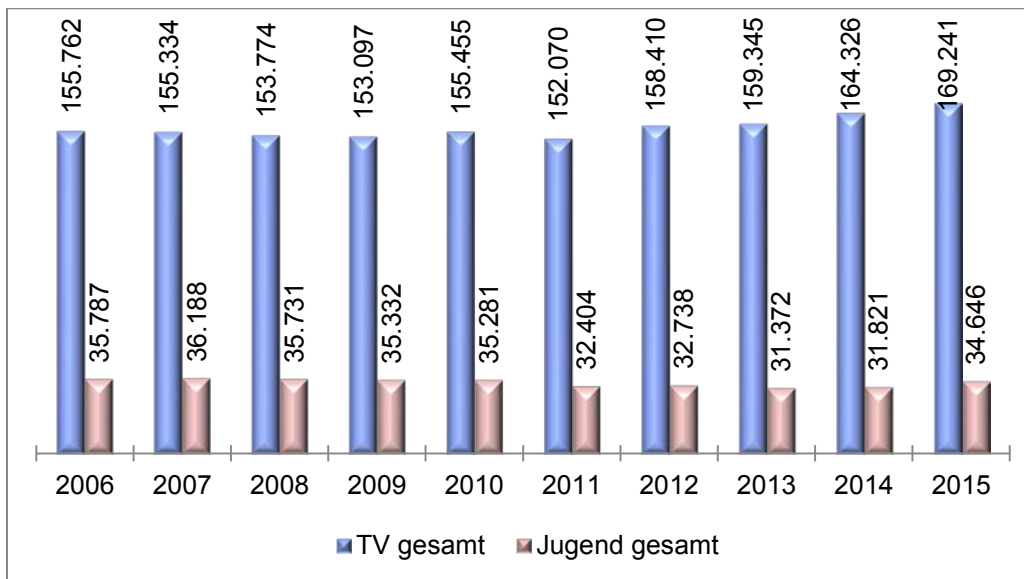
Nr.	Frage	Gesamt 2014	Gesamt 2015
1	Anzahl der Mitarbeiter, die ausschließlich im Präventionsbereich tätig sind	260	271
2	Anzahl der durchgeführten Präventions-Seminare und Fachtagungen	582	374
2a	Anzahl der Teilnehmer/-innen an den o.a. Präventions-Seminaren/Fachtagungen	13.426	9.631
3	Anzahl der Vorträge/Referate zu Präventionsthemen außerhalb von Schulen	1.591	1.576
3a	Anzahl der Teilnehmer/-innen an Vorträgen/Referaten außerhalb von Schulen	37.034	40.113
4	Anzahl der Vorträge/Referate zu Präventionsthemen an Schulen	1.143	1.287
4a	Anzahl der Teilnehmer/-innen an Vorträgen/Referaten an Schulen	38.834	29.755
5	Anzahl der durchgeführten Präventions-Aktionen	356	450
6	Anzahl der in den Jugendverkehrsschulen ausgebildeten Schüler/-innen im beendeten Schuljahr	43.517	49.056
7	Anzahl der qualifizierten Objektberatungen	7.540	7.737
8	Anzahl der neu verliehenen SIWO-Gütesiegel	2	1
8a	Anzahl der Wohneinheiten	68	7
9	Anzahl der qualifizierten Verhaltensberatungen	6.022	6.083
10	Anzahl der Maßnahmen zur Förderung des Dialogs mit Muslimen (MIB)	750	702
11	Anzahl der schriftlichen Stellungnahmen zu Planungsvorhaben	5.604	3.463
11a	a) Verkehrsprävention/-sicherheit	5.511	3.365
11b	b) Städtebauliche Kriminalprävention	93	98
12	Anzahl der versuchten ED in / aus Wohnungen	4.654	5.082

Nr.	Frage	Gesamt 2014	Gesamt 2015
1	Anzahl der Netzwerkpartner/-mitglieder	230	230
2	Anzahl der NgG Außenstellen	9	9
3	Anzahl der im Präventionsatlas Hessen verzeichneten Präventionsprojekte	1767	1767
4	Anzahl der durchgeführten Fachtagungen	11	15
5	Zahl der Teilnehmer bei den durchgeführten Fachtagungen	1.581	1791
6	Anzahl der durchgeführten Präventions- Seminare (z.B. GSH, PiT, IMC)	449	375
7	Zahl der Teilnehmer bei den durchgeführten Präventions-Seminare	9.319	6677
8	Anzahl der durchgeführten Präventions- Aktionen	18	29

4.2 Tabellen Jugendkriminalität

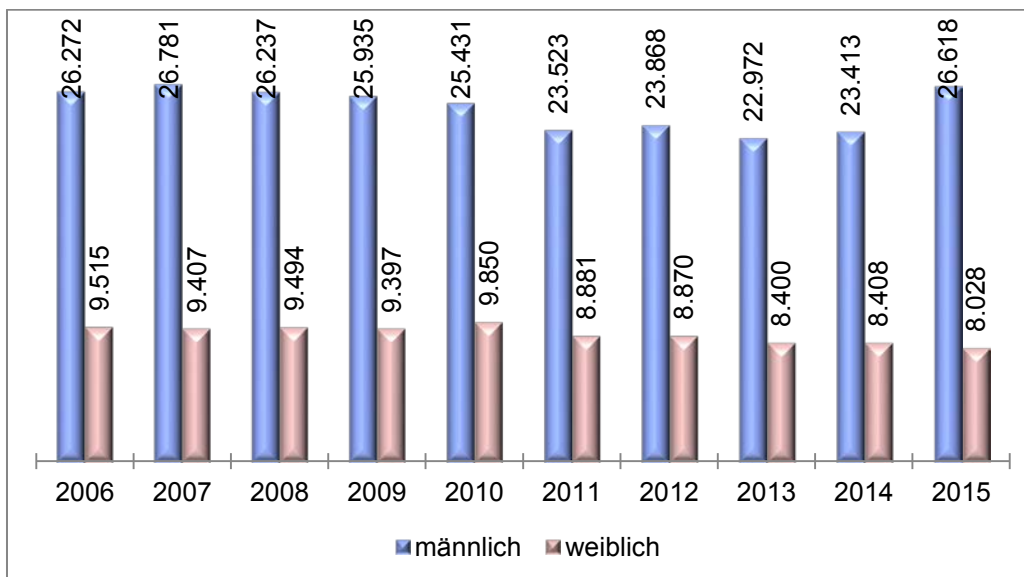
4.2.1 Jugendkriminalität geschlechtsspezifische Entwicklungen

TV Gesamt im Bezug zu TV Jugend (8 < 21 Jahre)



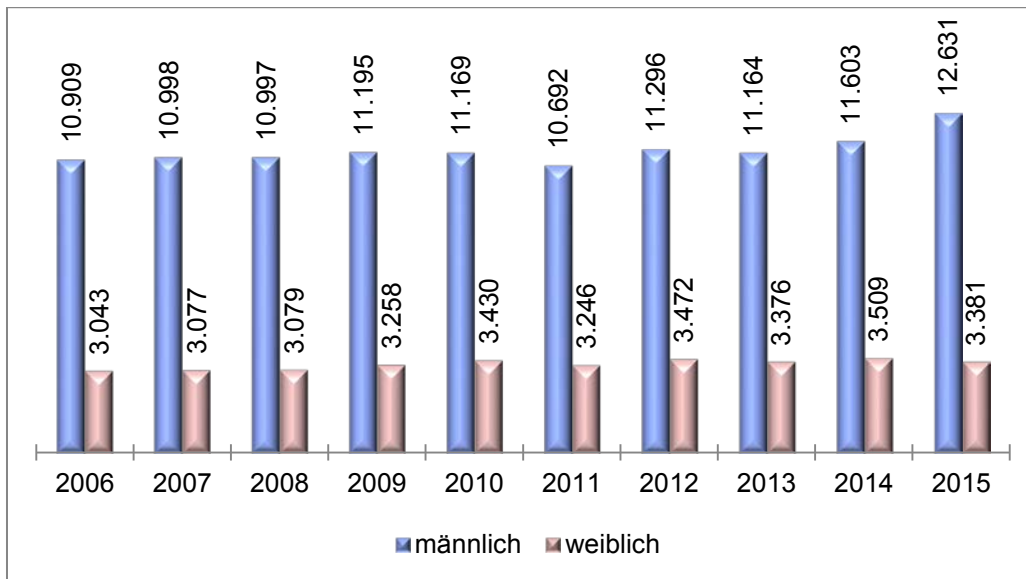
Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
TV gesamt	155.762	155.334	153.774	153.097	155.455	152.070	158.410	159.345	164.326	169.241
Jugend gesamt	35.787	36.188	35.731	35.332	35.281	32.404	32.738	31.372	31.821	34.646
Anteil in %	23,0%	23,3%	23,2%	23,1%	22,7%	21,3%	20,7%	19,7%	19,4%	20,5%

TV Gesamt (8<21 Jahre)



Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Jugend gesamt	35.787	36.188	35.731	35.332	35.281	32.404	32.738	31.372	31.821	34.646
männlich	26.272	26.781	26.237	25.935	25.431	23.523	23.868	22.972	23.413	26.618
Anteil in %	73,4%	74,0%	73,4%	73,4%	72,1%	72,6%	72,9%	73,2%	73,6%	76,8%
weiblich	9.515	9.407	9.494	9.397	9.850	8.881	8.870	8.400	8.408	8.028
Anteil in %	26,6%	26,0%	26,6%	26,6%	27,9%	27,4%	27,1%	26,8%	26,4%	23,2%

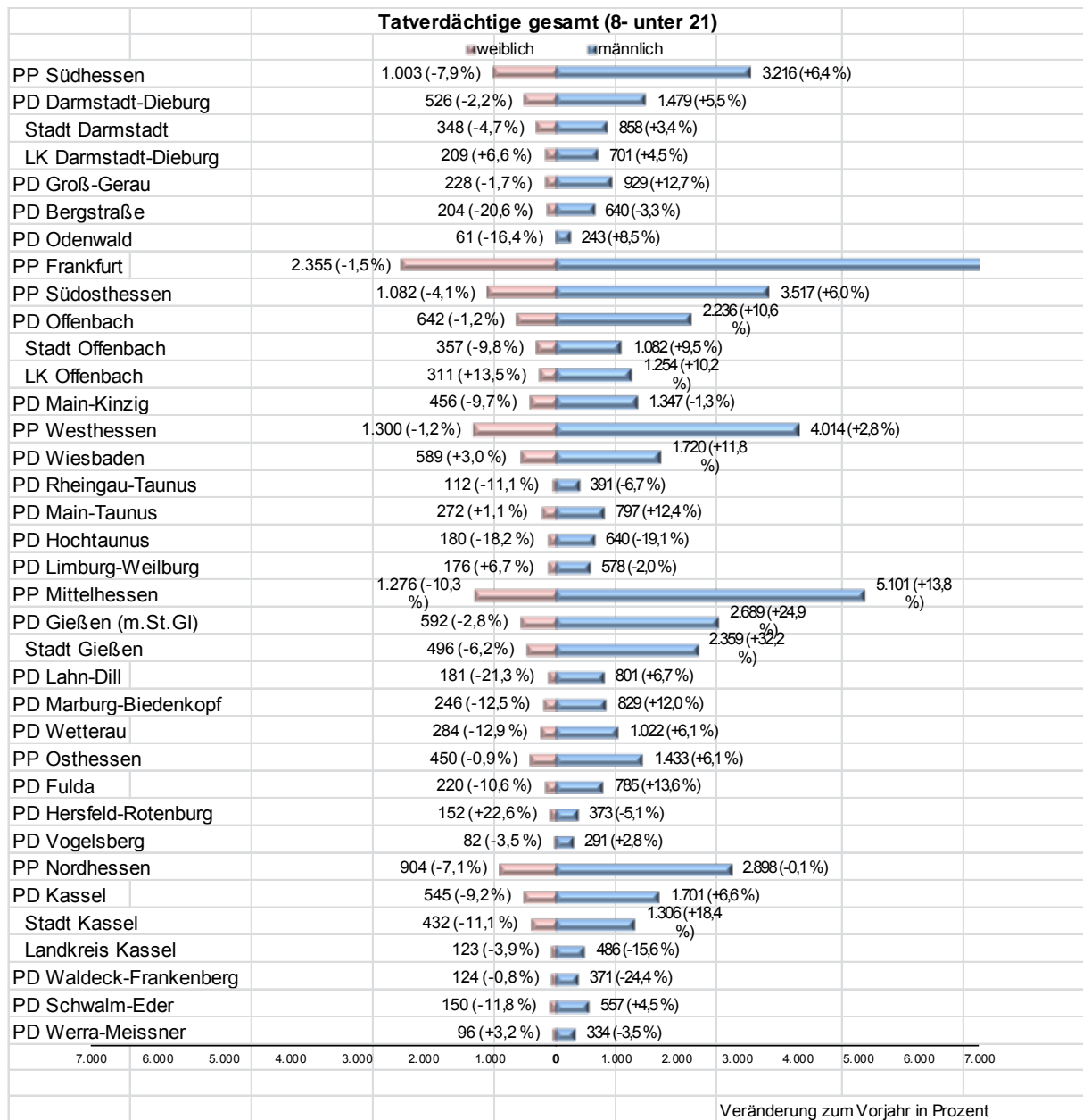
TV Heranwachsende (18<21 Jahre)



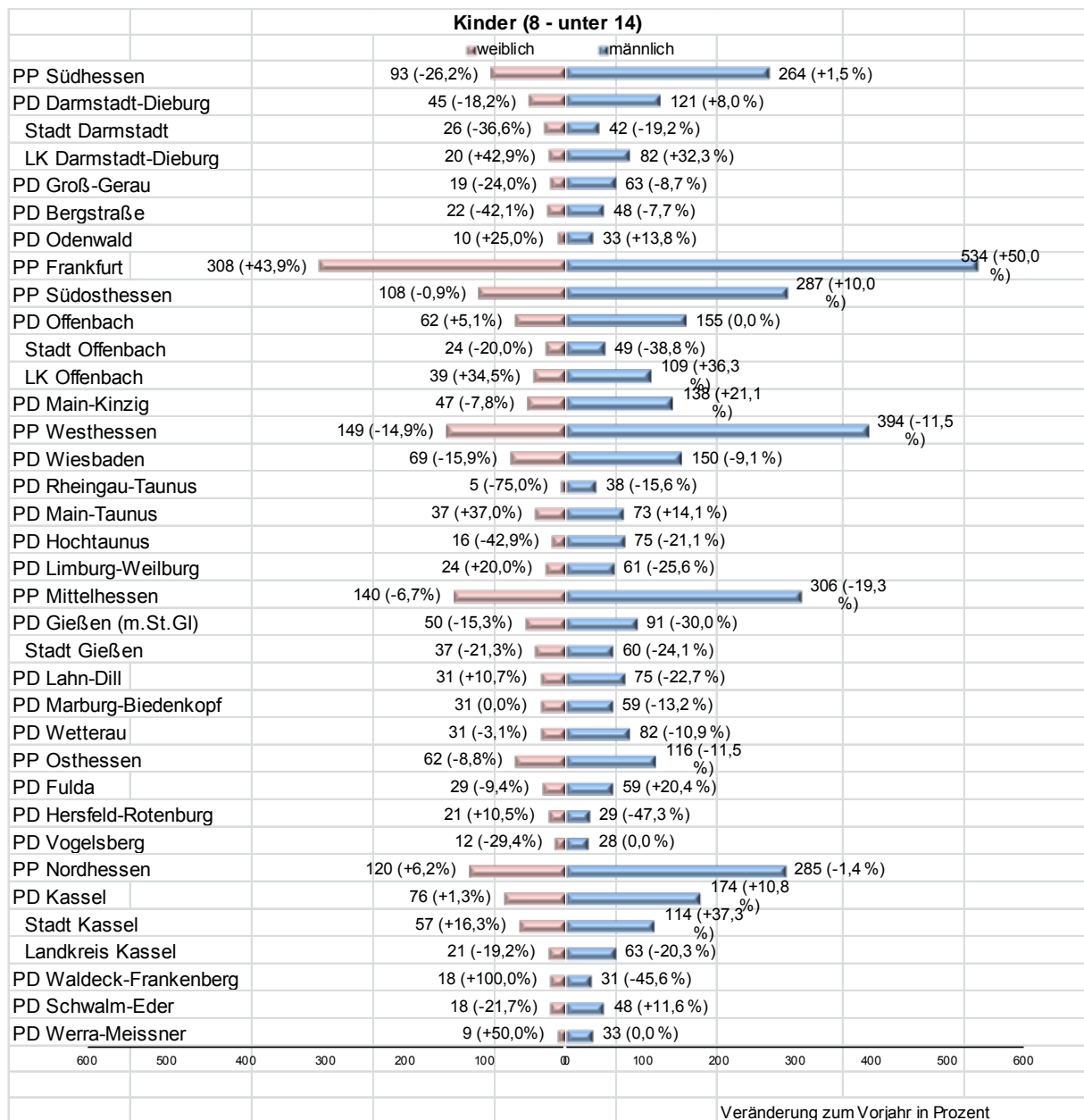
Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Heranwachsende	13.952	14.075	14.076	14.453	14.599	13.938	14.768	14.540	15.112	16.012
männlich	10.909	10.998	10.997	11.195	11.169	10.692	11.296	11.164	11.603	12.631
Anteil in %	78,2%	78,1%	78,1%	77,5%	76,5%	76,7%	76,5%	76,8%	76,8%	78,9%
weiblich	3.043	3.077	3.079	3.258	3.430	3.246	3.472	3.376	3.509	3.381
Anteil in %	21,8%	21,9%	21,9%	22,5%	23,5%	23,3%	23,5%	23,2%	23,2%	21,1%

4.2.2 Regionale Kriminalitätsbelastung

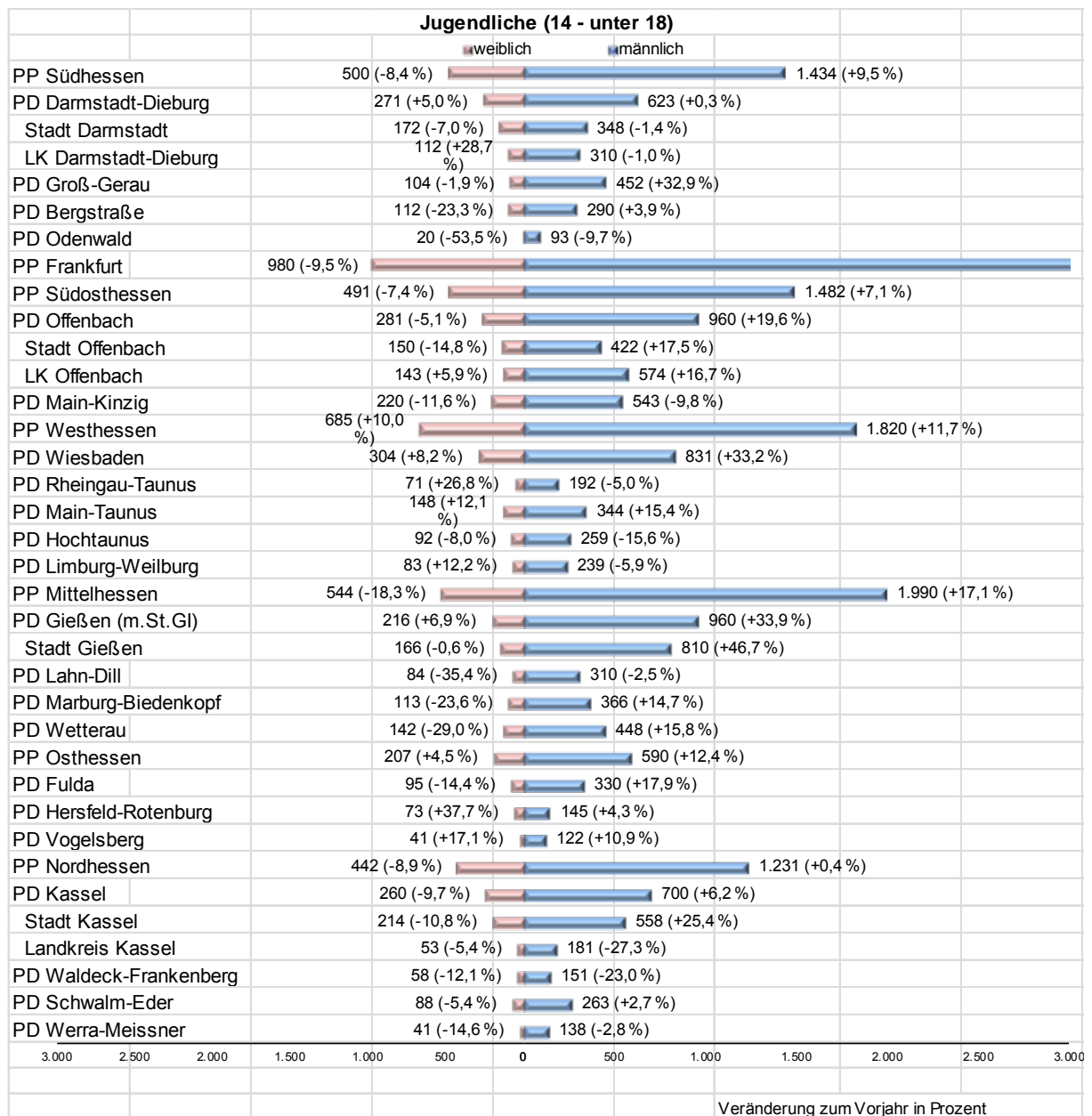
TV Gesamt (8 < 21 Jahre)



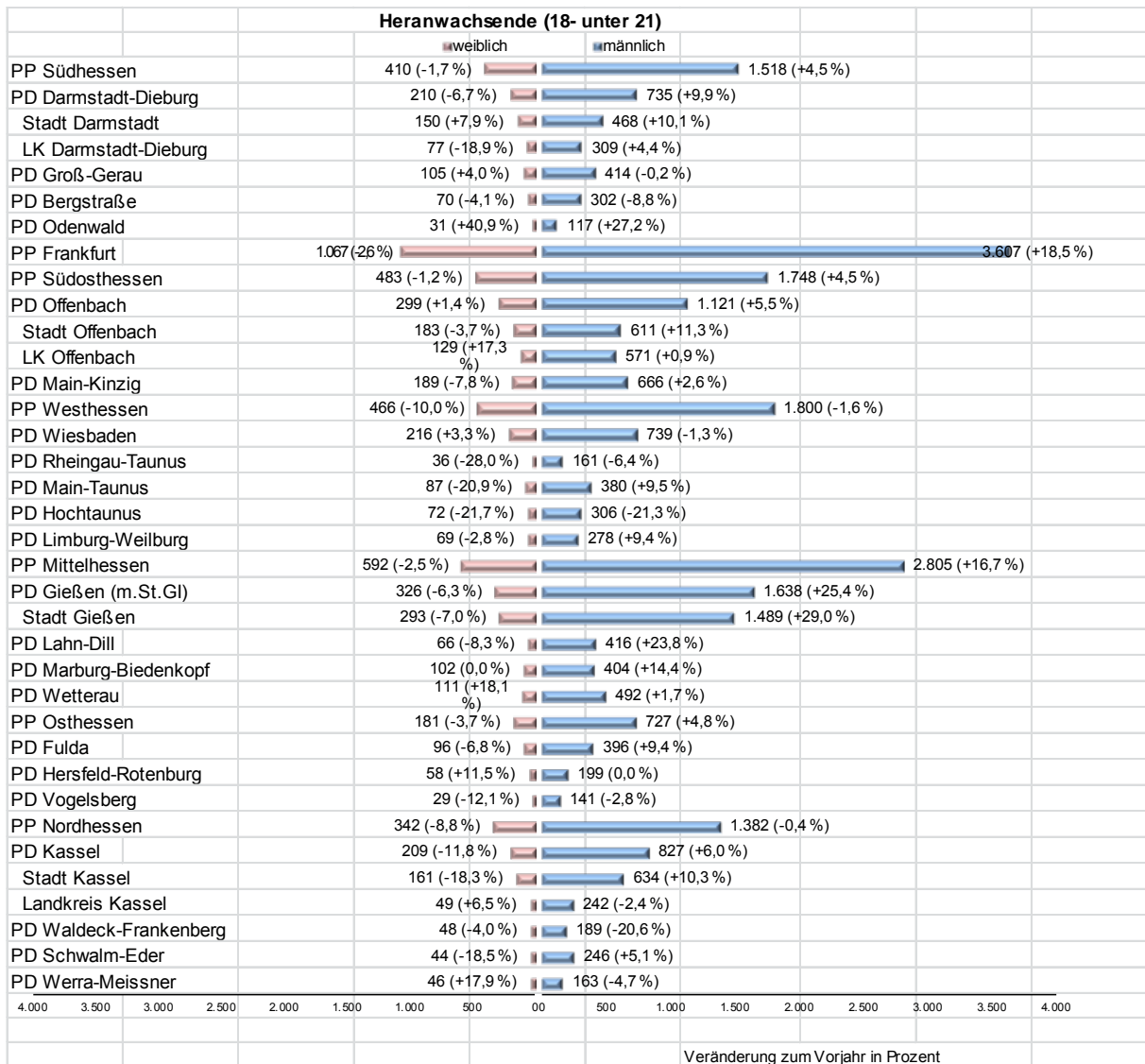
TV Gesamt (8 < 14 Jahre)



TV Gesamt (14 < 18 Jahre)

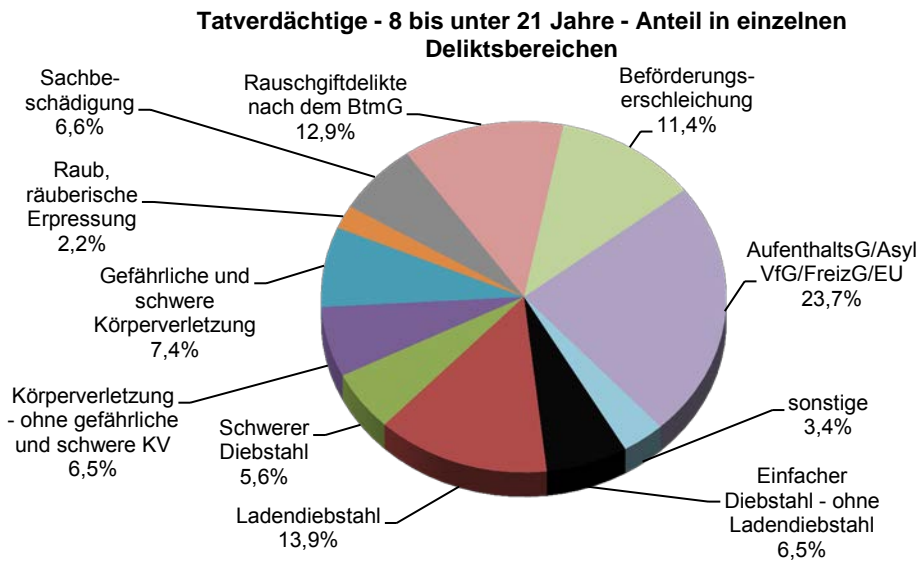


TV Gesamt (18 < 21 Jahre)

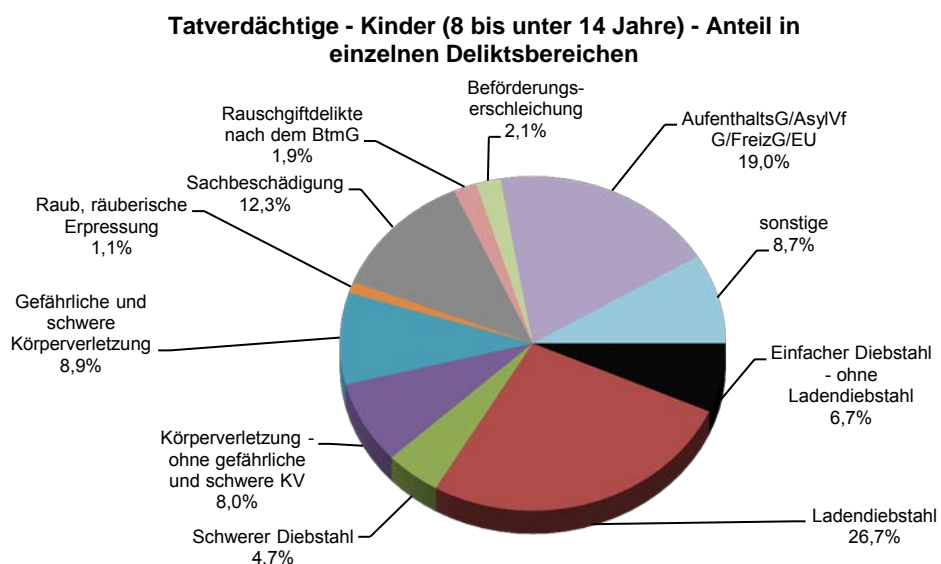


4.2.3 Jugendrelevante Kriminalitätsformen

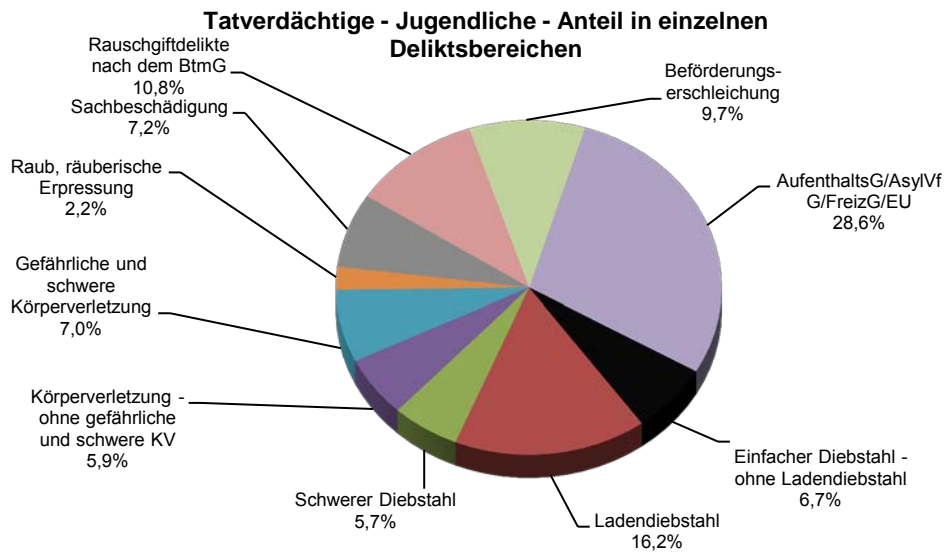
Tatverdächtige (8 < 21 Jahre) Anteil in einzelnen Deliktsbereichen



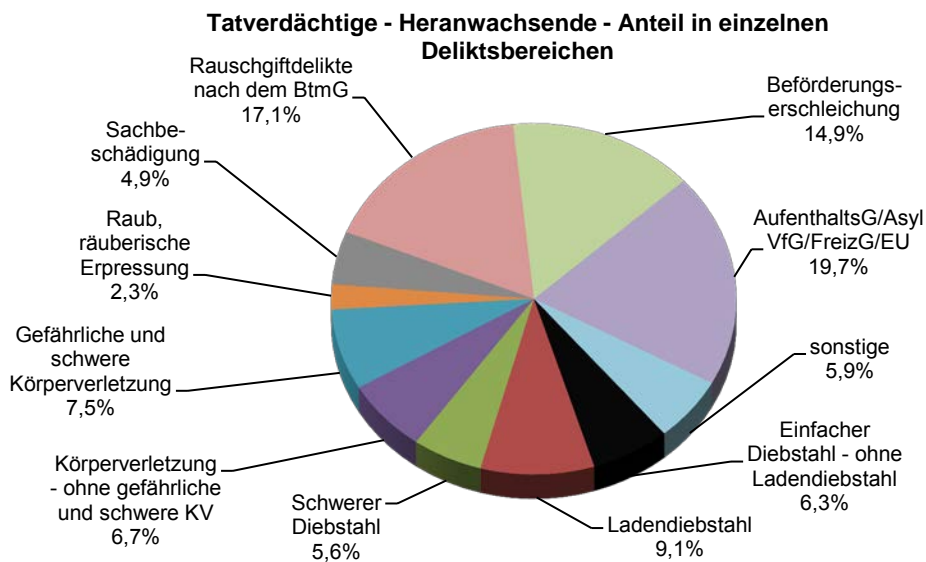
Tatverdächtige (8 < 14 Jahre) Anteil in einzelnen Deliktsbereichen



Tatverdächtige (14 < 18 Jahre) Anteil in einzelnen Deliktsbereichen



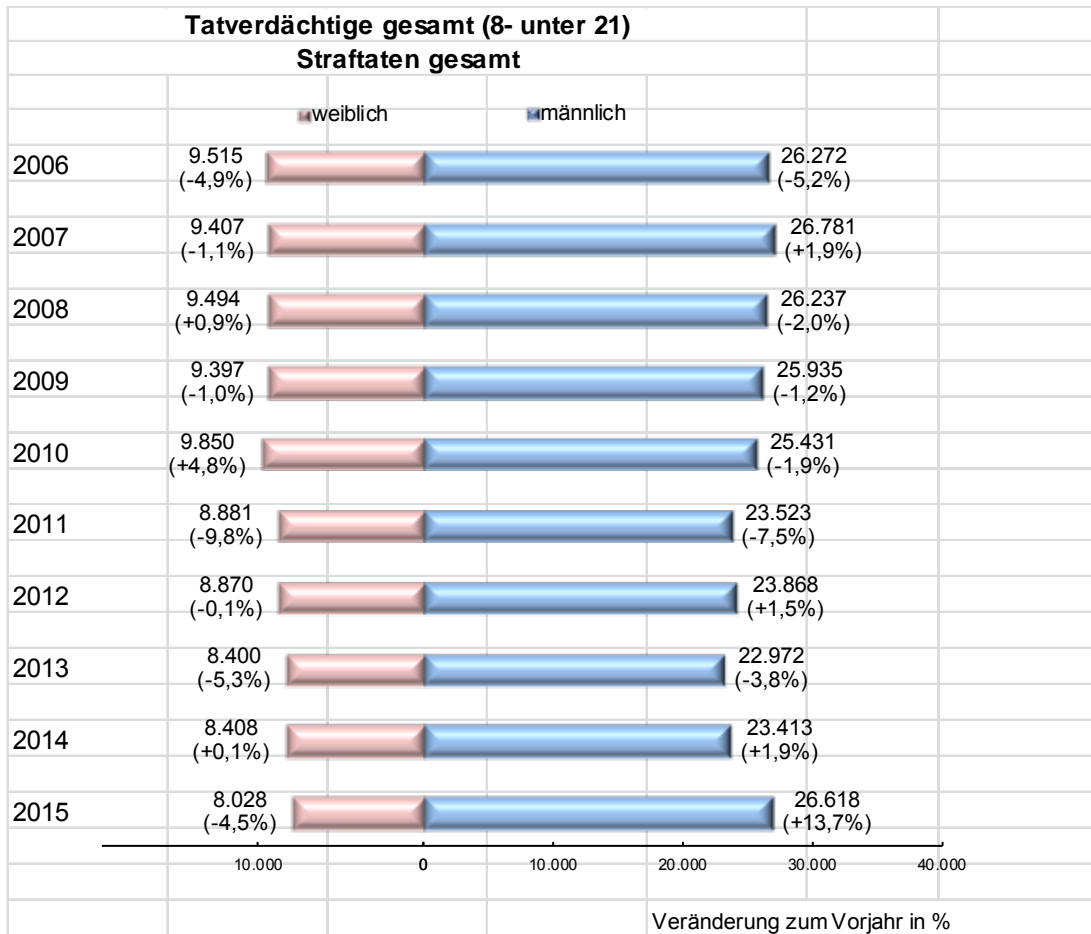
Tatverdächtige (18 < 21 Jahre) Anteil in einzelnen Deliktsbereichen



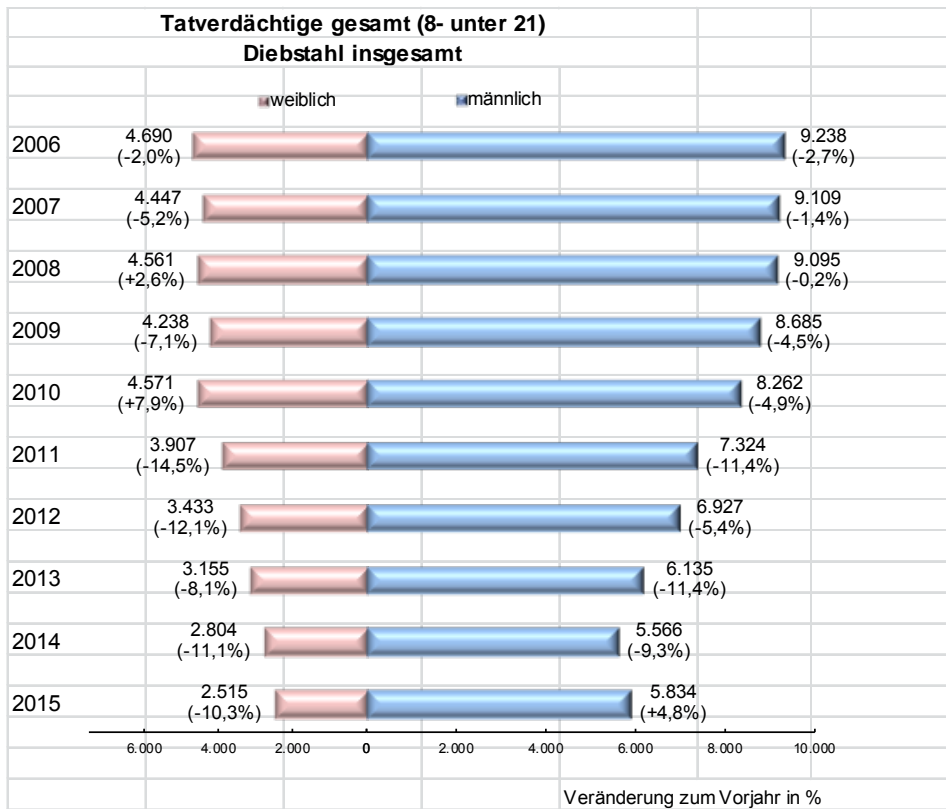
4.2.4 Jugendrelevante Kriminalitätsformen

Aufteilung nach Delikten

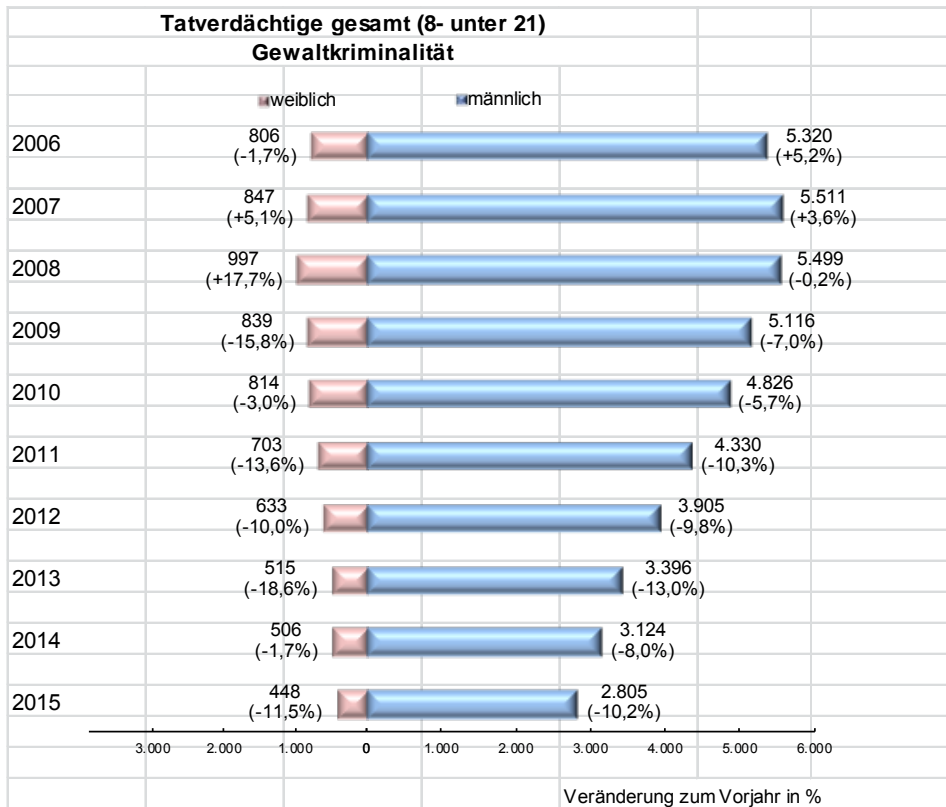
Straftaten gesamt



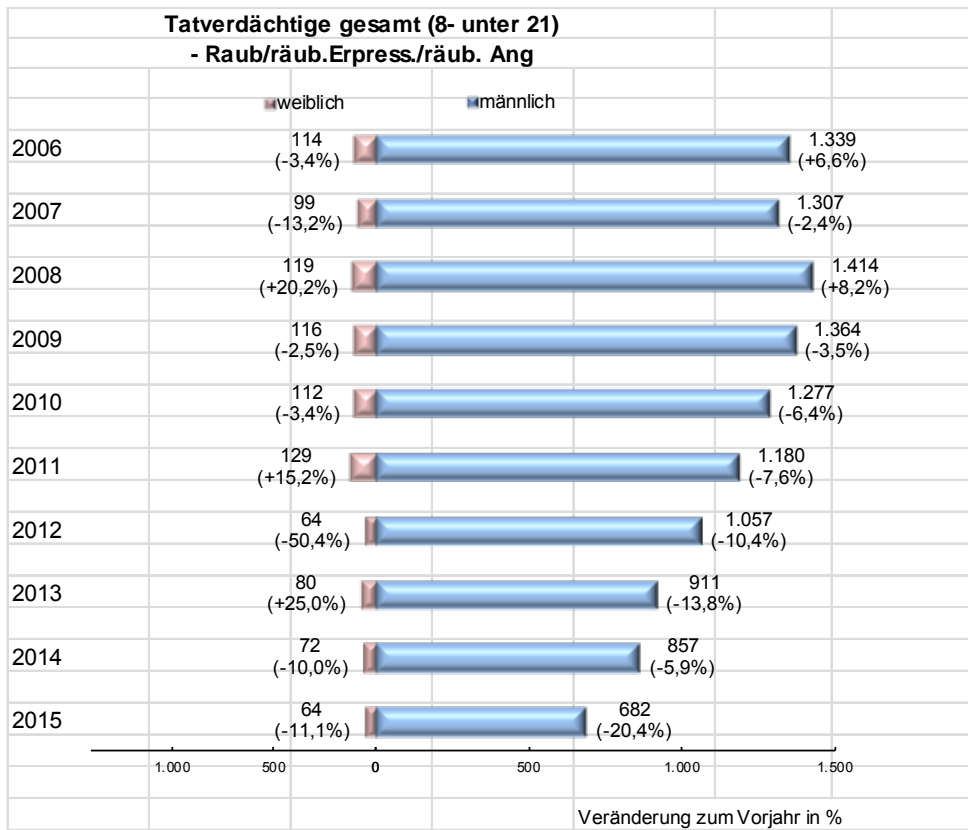
Diebstahlsdelikte



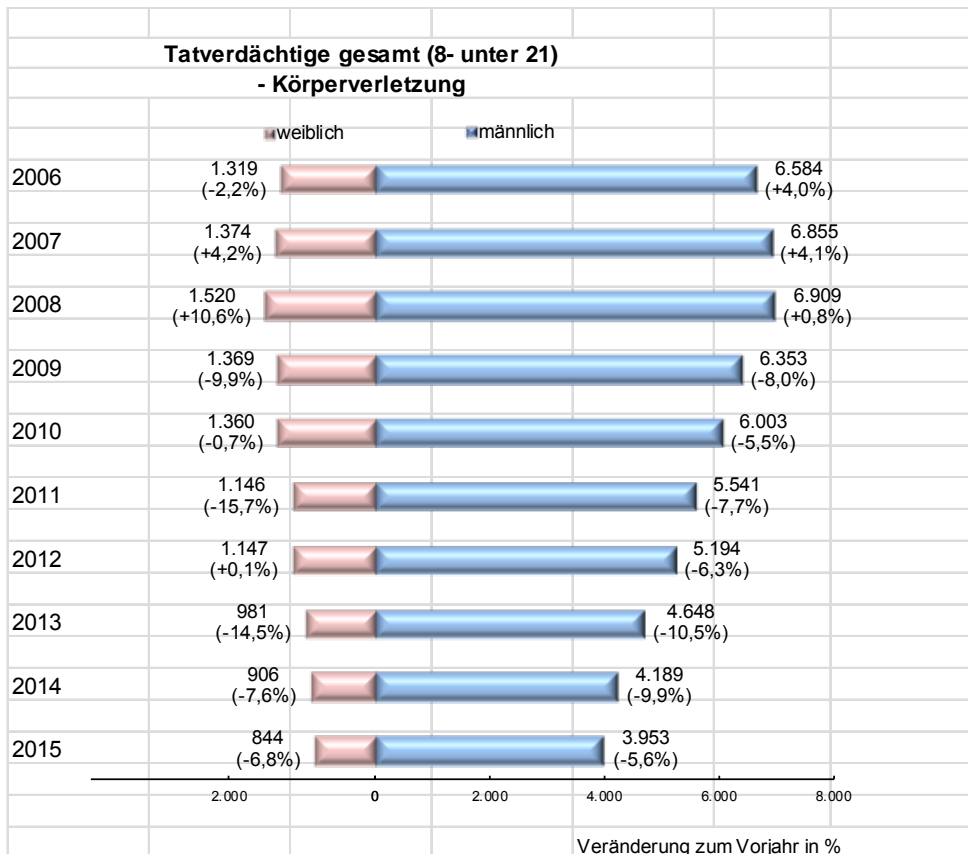
Gewaltkriminalität



Raubdelikte

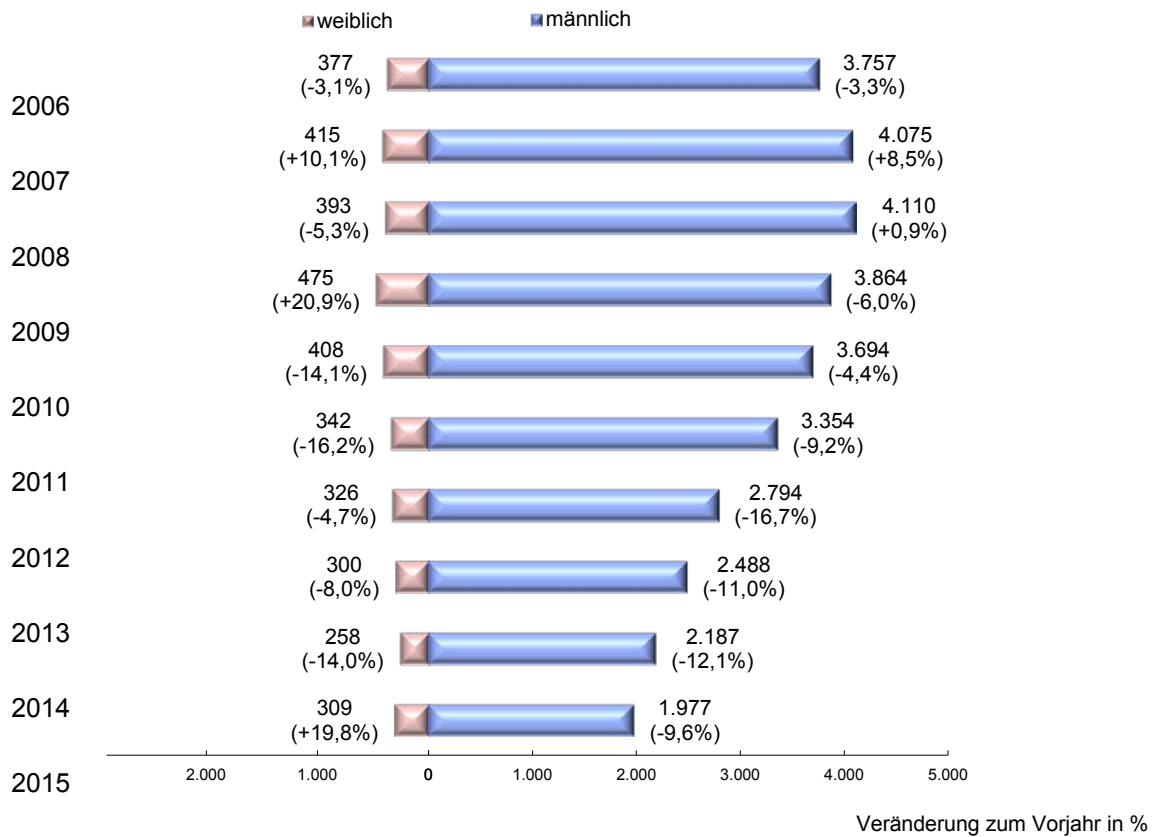


Körperverletzungsdelikte



Sachbeschädigungsdelikte

Tatverdächtige gesamt (8- unter 21) - Sachbeschädigung



4.3 Tabellen Häusliche Gewalt/Stalking

Polizeiliche Maßnahmen

Polizeipräsidien Gesamt		2011	2012	2013	2014	2015
Platzverweis	bis 1 Tag	321	263	150	169	160
Platzverweis	bis 6 Tage	200	172	35	21	8
Platzverweis*	bis 14 Tage	-	39	743	575	644
Platzverweis	o. Zeitangabe	265	314	96	119	132
Wohnungsverweisung (Wegweisung / Betretungsverbot § 31 Abs. 2 HSOG)	bis 14 Tage	1.943	1.931	1.870	1.734	1.816
Wohnungsverweisung (Wegweisung / Betretungsverbot § 31 Abs. 2 HSOG)	über 14 Tage	56	130	129	38	25
Wohnungsverweisung (Wegweisung / Betretungsverbot § 31 Abs. 2 HSOG)	o. Zeitangabe	116	107	84	75	72
Kontaktaufnahmeverbot (§ 11 HSOG)	bis 14 Tage	1.770	1.817	1.792	1.842	1.949
Kontaktaufnahmeverbot (§ 11 HSOG)	über 14 Tage	55	117	114	64	30
Kontaktaufnahmeverbot (§ 11 HSOG)	o. Zeitangabe	176	118	110	181	69
Ingewahrsamnahme	bis 1 Tag	309	382	278	195	182
Ingewahrsamnahme	bis 6 Tage	9	2	6	0	1
Ingewahrsamnahme	o. Zeitangabe	48	153	41	36	19
Frauenhaus		146	136	129	117	150
Sonstige (HFEG, U-Haft)		1.180	1.113	1.083	893	936
Opfer auf HE** hingewiesen	ja	4.608	4.488	4.556	4.362	4.334
Täter auf HE hingewiesen	ja	1.652	1.644	1.620	1.387	1.281
Wechselseitige Anzeigen***		-	47	800	759	826

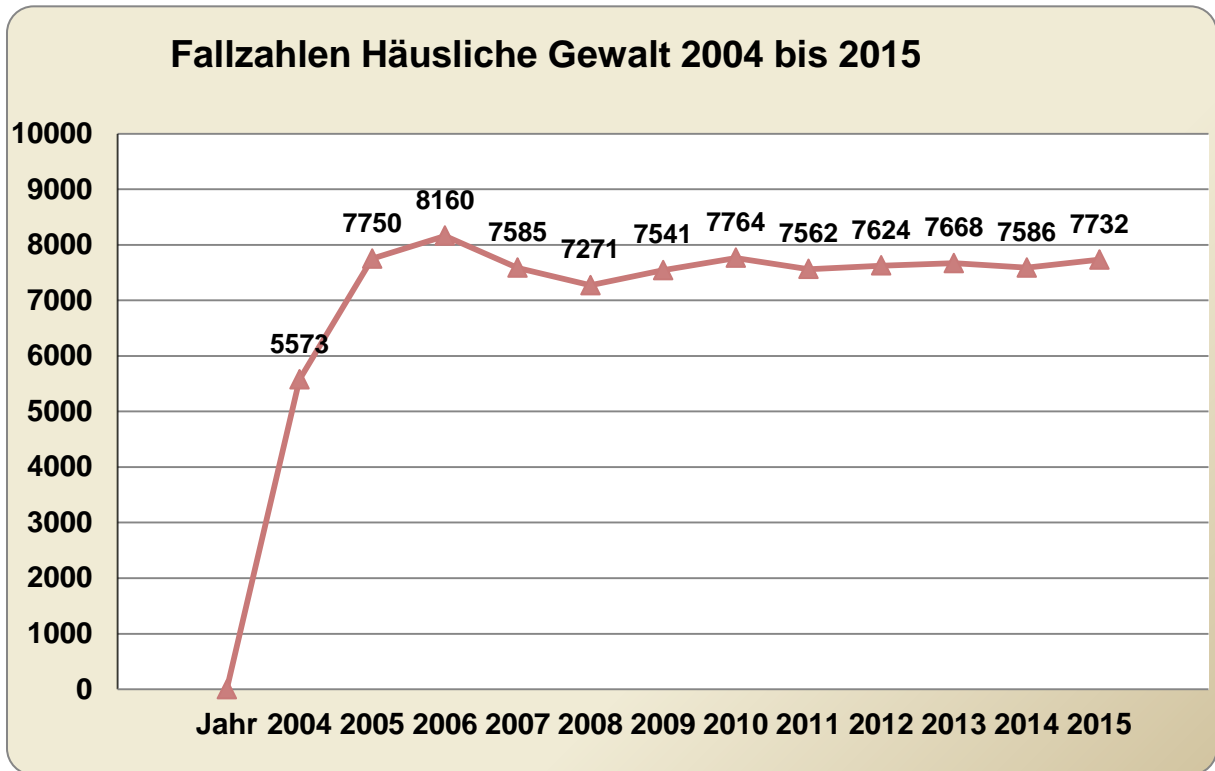
* Platzverweis wurde erstmals 2012 ausgewertet

** HE = Hilfseinrichtungen

*** Wechselseitige Anzeigen wurden erstmals 2012 polizeilich erfasst

4.3.1 Häusliche Gewalt

Fallzahlen 2004 bis 2015



Tatverdächtige 2011 bis 2015

Polizeipräsidien Gesamt		2011	2012	2013	2014	2015
Tatverdächtige (TV)						
TV Gesamt		6.354	6.543	6.603	6.558	6.577
	m	5.507 (86,7%)	5.645 (85,5%)	5.644 (85,5%)	5.683	5.567
	w	848 (13,3%)	898 (13,7%)	959 (14,5%)	920	1.010
Bereits als TV in Erscheinung getreten		3.897	4.001	4.003	3.976	4.054

Staatsangehörigkeit

Polizeipräsidien gesamt		2011	2012	2013	2014	2015
Deutsche TV Gesamt		4.169	4.330	4.208	4.103	4.070
	m	3.589	3.650	3.544	3.507	3.372
	w	580	680	664	596	698
Nichtdeutsche TV Gesamt		2.186	2.213	2.395	2.455	2.507
	m	1.918	1.195	2.100	2.131	2.195
	w	268	218	295	324	312

Suchtmittel

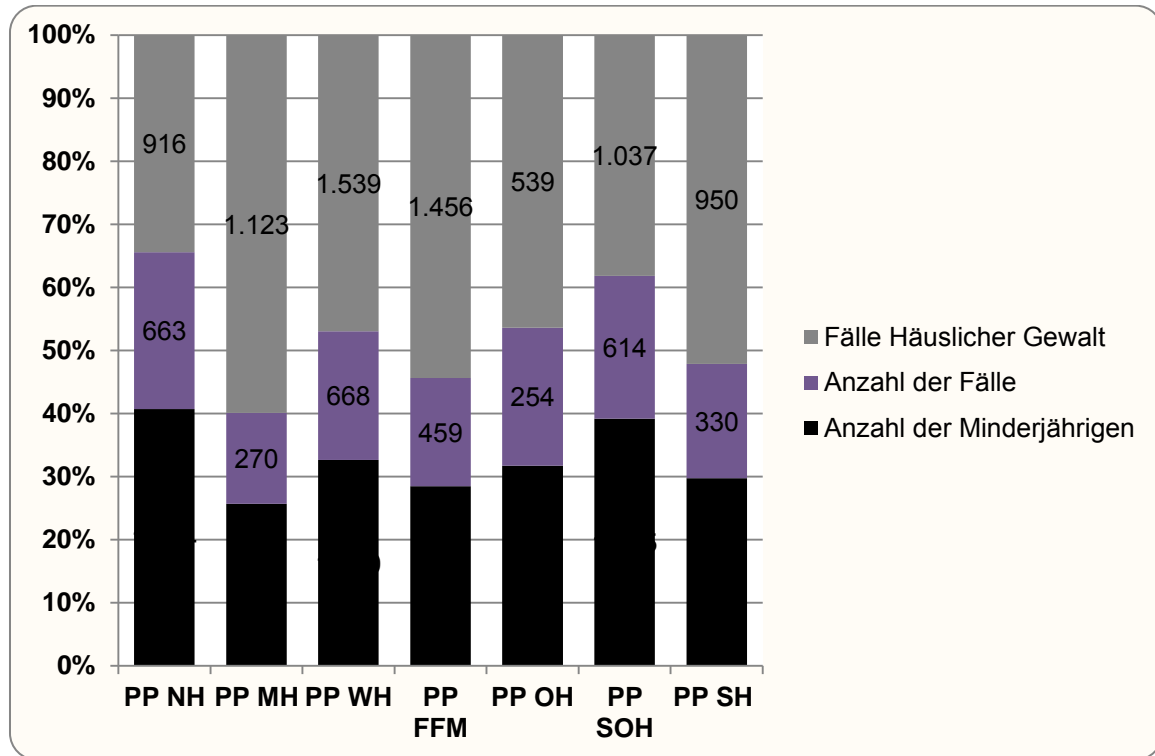
Polizeipräsidien gesamt		2011	2012	2013	2014	2015
Erkennbarer Alkoholeinfluss bei TV						
	m	1.081	1.136	1.144	1.118	1.037
	w	137	159	147	150	159
Erkennbarer Drogeneinfluss bei TV Gesamt		242	234	157	155	180
Konsumenten harter Drogen bei TV	m	118	153	186	222	241
	w	5	9	19	13	22

Opfer

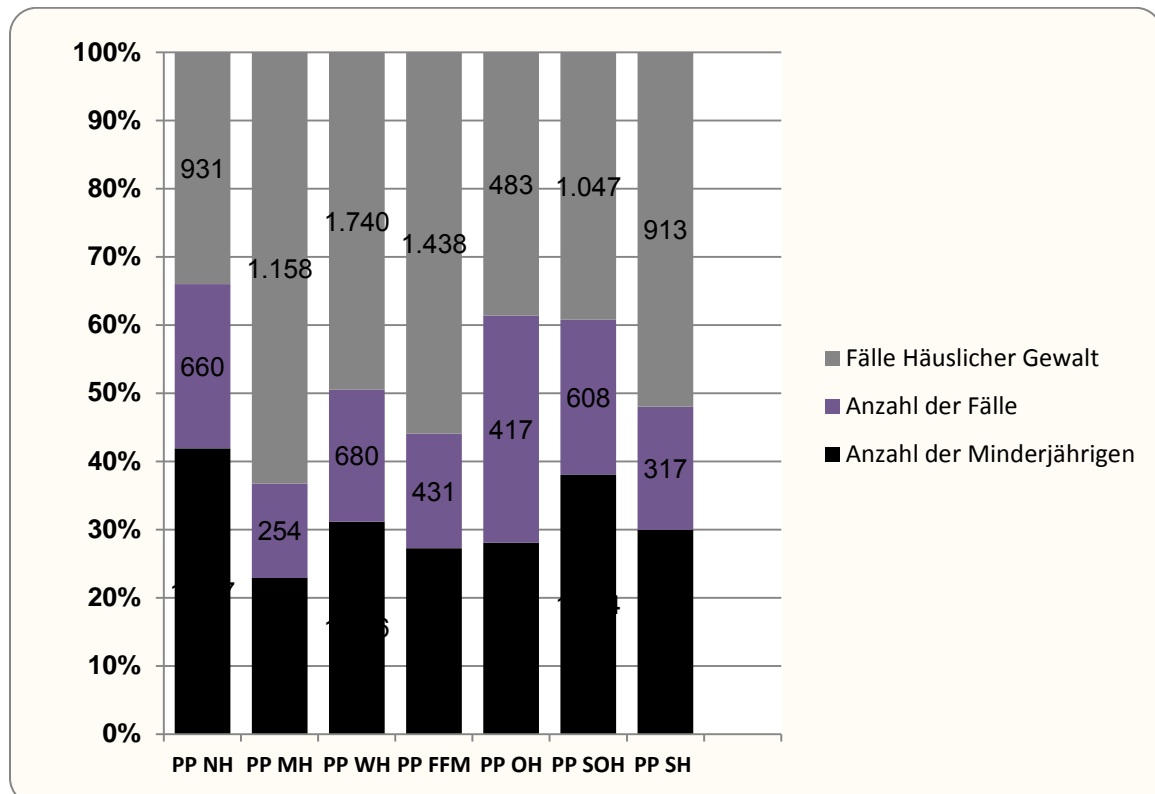
Polizeipräsidien Gesamt		2011	2012	2013	2014	2015
Opfer gesamt		7.319	7.455	7.285	7.399	7.506
	m	1.009 (13,8%)	1.064 (14,3%)	1.084 (14,9%)	1.065 (14,4%)	1.203 (16,0%)
	w	6.310 (6,2%)	6.391 (85,7%)	6.201 (85,1%)	6.334 (85,6%)	6.303 (84,0%)
Erkennbarer Alkoholeinfluss bei Opfern		1.098	1.085	957	871	918
Erkennbarer Drogeneinfluss bei Opfern		42	45	40	44	60

Minderjährige

2014

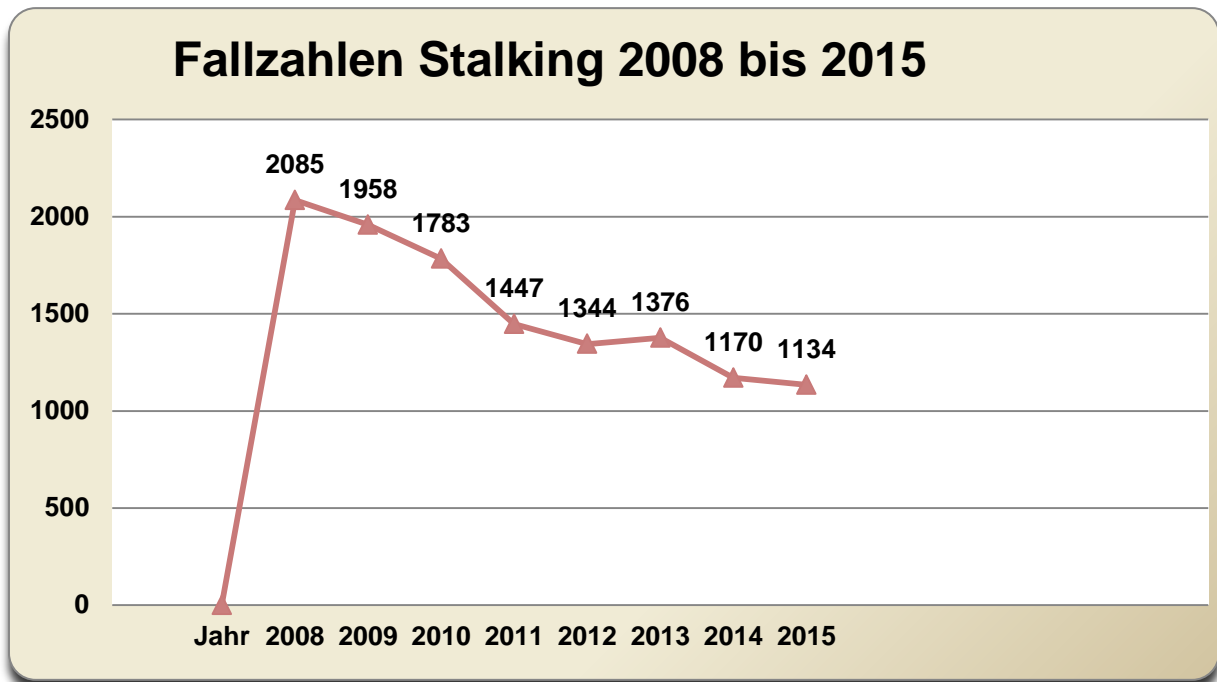


2015



4.3.2 Stalking

Fallzahlen 2007 bis 2015



Tatverdächtige 2011 bis 2015

Polizeipräsidien gesamt		2011	2012	2013	2014	2015
Tatverdächtige (TV)						
TV gesamt		1.223	1.201	1.218	1.043	994
	m	1.019 (83,3%)	988 (82,3%)	986 (80,9%)	827 (94,7)	817 (82,2%)
	w	204 (16,7%)	213 (17,7%)	232 (19,0%)	216 (20,7%)	177 (17,8%)
Bereits als TV in Erscheinung getreten		778	726	743	612	596
Alkoholeinfluss bei TV						
	m	15	16	22	14	11
	w	0	0	1	0	1
Konsumenten harter Drogen bei TV						
	m	14	12	18	20	33
	w	2	0	0	0	0

Staatsangehörigkeiten

Polizeipräsidien gesamt		2011	2012	2013	2014	2015
Deutsche TV gesamt		935	920	934	788	753
	m	689	741	743	614	624
	w	167	179	191	174	129
Nichtdeutsche TV gesamt		288	286	284	255	241
Nichtdeutsche TV	m	251	248	243	213	216
	w	37	38	41	42	25

Opfer

Polizeipräsidien gesamt		2011	2012	2013	2014	2015
Fälle gesamt		1.447	1.344	1.376	1.170	1.134
Opfer gesamt		1.510	1.466	1.453	1.235	1.176
	m	271 (17,9%)	234 (16,0%)	253 (17,4%)	233 (18,9%)	203 (17,3%)
	w	1.239 (82,0%)	1.232 (84,0%)	1.200 (82,6%)	1.002 (81,1%)	973 (82,7%)